

„Der Rote Seehas“



Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

Editorial

„Mutti“ Merkel hat es derzeit nicht leicht mit ihrem Kabinett. Da ist z. B. ihr Verkehrsminister. „Der Himmel über Zürich steht nach Norden grenzenlos offen“, so sieht der SÜDKURIER die Haltung Ramsauers zum Fluglärmstreit mit der Schweiz. Seine Signale zur Südbahn sind ausgesprochen widersprüchlich. In der Sache B 31 Umgehung Friedrichshafen wegen der privaten Zwischenfinanzierung agiert sein Ministerium so ausweichend, dass das Pro-B 31 Bündnis von einem Ping-Pong-Spiel zwischen Berlin und Stuttgart fabuliert. Nur: Berlin müsste ja nur einmal deutlich sagen ob die Finanzierung definitiv abgelehnt wird oder eben doch genehmigt wird, sonst kann Stuttgart auch nichts machen..

Neben dem Ausfall des Koalitionspartners trägt sie noch an der Last mit dem Bundespräsidenten, dessen Ausharren nur noch peinlich wirkt. Die Staatsanwaltschaft durchsucht Räume im Bundespräsidialamt – schlimmer kann es ja kaum noch kommen.

Noch kann Merkosal, das „Tandem Deutsch-

land-Frankreich die Signale setzen, doch allzu lange sind die übrigen Länder nicht mehr zu halten. Das Zögern muss ein Ende haben.

Die Brüningsche Sparpolitik hat schon einmal einen Staat erwürgt. Die Brandmauer muss diesmal hoch genug sein, damit die Spekulanten die Kraft der Euro-Länder anerkennen.

Fesseln für die Märkte und faire Löhne verkündet Sigmar Gabriel als Ergebnis der Vorstandsklausur. Eine Große Koalition kann zurzeit nicht ausgeschlossen werden, da Rot-Grün in den Umfragen trotz der Schwäche der FDP keine Mehrheit hat. Größtes Problem ist wohl dabei die Popularität der Kanzlerin, die längst eine geschickte „Sozialdemokratisierung“ betreibt. Ein Personenwahlkampf wäre wohl nicht das Rezept.

Es grüßt Sie

die Redaktion des Roten Seehas

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

	Seite
- Maulkorb im Sportausschuss des Bundestages - Mattheis fordert von der Bundesregierung rasche Zusage für die Südbahn	2 - 3
- Europa: Geographie – Mythos – Bevölkerung	4
- BW: Umsetzung des Zukunftsinvestitionsprogrammes des Bundes ist ein voller Erfolg	
- Strukturreform der Polizei in Baden-Württemberg auf gutem Weg	5 - 7
- SPD-Bodenseekreis: Ulmer OB Ivo Gönner beim SPD-Dreikönigstreffen 2012 in Langenargen	7 - 8
- Martin Hahn, MdL (Grüne): „Keine Chance für Ortsumgehungen“ - Landes-SPD soll B 31 – Pläne stützen - Zur Pressemitteilung von Fraktion und Ortsverein der SPD Friedrichshafen - Stellungnahme der SPD-Kluffern zu MdL Müllers Aufforderung zum Widerstand in der Straßenbaupolitik	8 -12
- Termine im Bodenseekreis	12
- SBI: - SP Kanton SG: Steuersenkungen für Unternehmen und Reiche führen zu riesigen Löchern in der Staatskasse! SP zu Gast im Frauenarchiv – SP Kanton TG: Managed Care Vorlage - Finanzierung Bahninfrastruktur muss verbessert werden	13-15
- SPÖ Vorarlberg: Bundespolitische Erfolge 2011 - Millionäre sollen zahlen	15-16
- „Vorarlberger Verkehrsverbund muss mehr Kompetenzen bekommen“ - SPÖ Vorarlberg trauert um Alexander Lutz	16-17
- SPD Kreis BC und Martin Gerster:	
- Rund 1,1 Millionen mehr vom Land	17-18
- Notariat Ochsenhausen bleibt erhalten	18
- Schlechte Handynetabdeckung verschärft sich offenbar - MdB Katja Mast kommt zur JHV der Biberacher Kreis-SPD	18-19
- MdL Klaus Käppeler erläutert Reformvorhaben - Bezirksdenkmalschutzleiterin kommt	19-20
- „Biberacher Kinopreise“	20
- SPD Kreis KN: "Konzern schadet sich selbst"	20
- SPD Kreis RV: In Oberschwaben gründet sich eine Gruppe „Christen und SPD“	21
- KV Ulm und Hilde Mattheis: Jahreswechsel 2011/2012 - Armes Deutschland - Sozialstaatsade? - Hilde Mattheis MdB besucht Ulrich medical - Familie Schlecker muss ihrer Verantwortung nachkommen!	21-25
- BayernSPD: Dr. Ulrich Maly ist der Sozialistenhutträger 2012	25
- Mail-Informationsdienst der SPD-Bundestagsfraktion Freitag, 27. Januar 2012	26-29
- Impressum	30

Maulkorb im Sportausschuss des Bundestages

Peter Danckert (SPD) ist enttäuscht. Der frühere langjährige Vorsitzende des Sportausschusses im Deutschen Bundestag hat großen Wert darauf gelegt, dass dieses Gremium stets in öffentlicher Sitzung tagte. Dies ist sonst bei den Bundestagsausschüssen im Berliner Reichstagsgebäude nicht üblich. Seit einigen Wochen hat die CDU/FDP-Mehrheit im Sportausschuss durchgesetzt, dass man wieder nicht-öffentlich tagt und hinterher die Öffentlichkeit mit wohlfeilen Pressemitteilungen bedient wird.

Immerhin ist der Sportausschuss –oder sollte es zumindest sein- ein wichtiges Kontrollorgan zur Verwendung der üppigen Steuergelder zur Sportförderung bei den Spitzensportler/innen und beim Aufgebot der Olympia-Athletinnen und –Athleten, wie beispielsweise im Sommer 2012 in London. Im neuen Bundeshaushalt 2012 sind 239,4 Millionen Euro (aus 9 verschiedenen Ressorts) für die Spitzensportförderung des Bundes ausgewiesen, 26 Millionen mehr als im Olympiajahr 2008.

Warum hat man die Öffentlichkeit ausgeschlossen? Die CDU- und FDP-Obleute im Sportausschuss haben in Hörfunk-Interviews angegeben, man wolle nicht, dass Journalisten von inkompetenten Abgeordneten in diesem Ausschuss berichten, die in den Sitzungen sich lieber ablenken lassen und ihr iPhone oder ihren Tablet-PC zum Gameboy-Gerät umfunktionieren, anstatt sich auf die sportpolitischen Aufgaben zu konzentrieren. Immerhin gehören auch der Bereich der Drogenbekämpfung und die kritische Begleitung der Tätigkeit der NADA im nationalen Spitzensport zum Zuständigkeitsbereich dieses Ausschusses dazu.

Mehr Transparenz bei der Vergabe von Steuermitteln an die einzelnen Sportverbände über den Dachverband des DOSB: das würde auch **Martin Gerster**, Obmann für die SPD-Fraktion im Sportausschuss, begrüßen. Er war in den vergangenen Herbstwochen sehr oft im Radio zu diesem Thema zu vernehmen, einmal auch wegen der einwöchigen Reise einiger Ausschuss-Mitglieder nach Chile und Brasilien im November. **Peter Danckert**, dem früheren Vorsitzenden des Sportausschusses von 2005 bis 2009, wird ein großes Talent bescheinigt, brisante sportpolitische Themen aufzugreifen und auch entsprechend zu vermarkten. **Danckert** hat sich und das Parlament bzw. den

Sportausschuss als Kontrollgremium für den organisierten Sport und seine Verbände mit dem DOSB an der Spitze verstanden. Heute hat der Sportausschuss diese Rolle nicht mehr inne.

Eine nicht unwichtige Rolle spielt bei diesem Prozess dem Vernehmen nach Klaus Riegert, Ex-Kriminalkommissar von der CDU und Kapitän bzw. Sturmspitze beim FC Bundestag, also dem partei- und fraktionsübergreifenden Kickerteam unter den Abgeordneten. Riegert hat Ende Oktober den Geschäftsordnungsantrag durchgeboxt, künftig nicht mehr öffentlich zu tagen und somit interessierte Bürger und Journalisten von den Sitzungen des Sportausschusses auszuschließen. Von FDP-Seite machte Joachim Günther bei diesem Ansinnen mit, stellvertretender Ausschuss-Vorsitzender und früherer Vereinsvorstand beim Fußballregionalligisten VFC Plauen (im sächsischen Vogtland).

Dagmar Freitag (SPD), seit 2009 Vorsitzende des Bundestags-Sportausschusses, sieht einen enormen Handlungsbedarf bei der Antidoping-Gesetzgebung. Und geht es nach ihr, will sie auch verstärkt zum Thema „Korruption im Verbandssport“ Beratungen im Sportausschuss ansetzen. Der Besitz von Dopingmitteln für Athleten soll künftig unter Strafe gestellt werden. Eine erste Anhörung hat schon stattgefunden, wertet dies Dagmar Freitag als Höhepunkt ihrer Zeit als amtierende Sportausschuss-Vorsitzende. „Öffentlichkeit gefährdet nur die parlamentarische Demokratie“, lautet die absurde Rechtfertigung für das nichtöffentliche Tagen des Sportausschusses, vorgetragen vom CDU-Sportparlamentarier Klaus Riegert.

„Ist doch gar nicht einzusehen,“ erwidert **Peter Danckert**, heute im Haushaltsausschuss aktives Mitglied. „Warum sollen wir uns in den Bundestagsausschüssen- nicht nur beim Sportausschuss- sozusagen verbergen vor der Öffentlichkeit und dann im Bundestagsplenum Reden ablesen?“ Auch im Verkehrsausschuss beispielsweise sei es gar nicht einzusehen, so **Danckert**, warum die Dinge immer nur im geschlossenen Kreis beraten werden sollen. „Die können sich sehr wohl auch öffentlich präsentieren. Da geht’s um Straßen, um Schienen, um Lärmschutz, um all die Dinge, die die Menschen draußen auch wissen wollen. Zusätzliche Transparenz ist grundsätzlich wünschenswert und ist ja in der Öffentlichkeit auch gefragt. Es ist ja nicht so, dass die Menschen Verständnis dafür haben, dass wir alles im

Geheimen machen, sondern das Gegenteil ist angesagt!“

19.12.2011

W. Bernhard

Mattheis fordert von der Bundesregierung rasche Zusage für die Südbahn

Die Verzögerungstaktik der Bundesregierung bei der Elektrifizierung der Südbahn ist offensichtlich. Auf eine schriftliche Anfrage der Ulmer Bundestagsabgeordneten **Hilde Mattheis** schrieb der Parlamentarische Staatssekretär Felemann:

„Ende 2011 wurden die Antragsunterlagen für die ersten beiden Planfeststellungsabschnitte dem Eisenbahn-Bundesamt (EBA) vorgelegt. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit Planfeststellungsverfahren geht die Bundesregierung von einer durchschnittlichen Verfahrensdauer von 18 Monaten aus. Nach Einschätzungen der Bundesregierung könnte Baurecht voraussichtlich im Jahr 2014 erlangt werden. [...] Damit erscheint ein Baubeginn für die Elektrifizierung der Gesamtstrecke im Jahr 2015 realistisch.“

„Wenn die Südbahn - wie von Staatssekretär Felemann geschrieben - für den Bund tatsächlich ein prioritäres Vorhaben ist, dann muss sie im Investitionsrahmenplan 2011-2015 auch entsprechend in die Kategorie C eingeordnet werden“, fordert **Mattheis**. Diese Kategorie ist für prioritäre Vorhaben mit fortgeschrittenem Planungsstand vorgesehen, die Baurecht bis 2015 erlangt werden kann. Das ist bei der Südbahn offensichtlich selbst bei der großzügigen Rechnung des Bundesverkehrsministeriums der Fall. Derzeit ist das Vorhaben noch in der Kategorie D für Projekte im frühen Planungsstand eingeordnet, die erst nach 2015 begonnen werden können.

„Im aktuellen Landeshaushalt hat das Land bereits seinen 50prozentigen Finanzierungsanteil eingestellt. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie die nötige Finanzierungsvereinbarung mit dem Land nicht weiter heraus zögert, damit schnellstmöglich mit dem Bau begonnen werden kann“, so **Hilde Mattheis, MdB**. „Das Ziel, die Südbahn zwischen Ulm, Friedrichshafen und Lindau bis Ende 2015 zu elektrifizieren, darf nicht aufgegeben werden.“

Ulm, den 17.01. 2012

Büro Hilde Mattheis, MdB



Europa

Europa

Von jetzt an wird der Rote Seehas an dieser Stelle nicht nur Beiträge unserer Europaabgeordneten veröffentlichen. Jeweils werden hier pro Ausgabe auf etwa einer Seite Informationen zu Europa stehen. Beiträge zum Thema EUROPA sind hier willkommen.

1. Geographie

Unter den fünf Kontinenten nimmt Europa geografisch eine Sonderstellung ein: Europa ist eigentlich eine Halbinsel im Westen von Asien. Einen völkerrechtlich verbindlichen Grenzverlauf gibt es nicht.

Zu Asien hin verläuft die Grenze Europas von der Insel Nowaja Semlja über den Kamm des Uralgebirges und den gleichnamigen Fluss bis ins Kaspische Meer. Die Manytschniederung, eine etwa 500 Kilometer lange Niederung zwischen der der Kuban- Asowschen Niederung und der Kaspischen Senke in Südrussland bildet zusammen mit der Kaspischen Senke die südöstliche Begrenzung der Osteuropäischen Ebene. Ein anderer Vorschlag zum Grenzverlauf ist der Hauptkamm des Kaukasus.

Unbestritten ist der Grenzverlauf durch das Schwarze Meer, Bosporus und Dardanellen. Der Grenzverlauf durch die Ägäis ist eher politisch beeinflusst und daher zwischen Griechenland und der Türkei umstritten.

Nord-, Süd- und Westgrenze Europas sind geografisch eindeutig, Während Grönland eher zu Amerika zu rechnen ist, verläuft die Plattengrenze zwischen Eurasien und Nordamerika diagonal durch die Insel Island.

2. Mythos

Nach der griechischen Mythologie war **Europa** der Name einer phönizischen Königstoch-

ter. Sie war Tochter des Königs Agenor. Bei Homer in der Ilias ist sie seine Enkelin, die Tochter des Phoinix. Zeus verliebte sich in sie. Wegen seiner eifersüchtigen und argwöhnischen Gattin Hera verwandelte er sich in einen Stier. Sein Bote Hermes trieb eine Kuhherde in die Nähe der am Strand von Sidon spielenden Europa, die der Zeus-Stier auf seinem Rücken entführte. Er schwamm mit ihr nach Matala auf der Insel Kreta, wo er sich zurückverwandelte. Der Verbindung mit dem Gott entsprangen drei Kinder: Minos, Rhadamanthys und Sarpedon. Auf Grund einer Verheißung der Aphrodite wurde der fremde Erdteil nach Europa benannt.

Im 5. Jahrhundert vor Christus bezog der griechische Schriftsteller und Geograph Herodot den Begriff „Europa“, auf die Landmassen nördlich des Mittelmeers sowie des Schwarzen Meeres und unterschied sie so von den Landmassen Asiens und Afrika Libya).

3. Bevölkerung

Mit über 700 Millionen Einwohnern gehört Europa zu den dichter besiedelten Teilen der Erde. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte beträgt etwa 65 Einwohner/ km². Vor allem in West-, Mittel- und Südeuropa ist die Bevölkerungsdichte relativ hoch, während sie weiter nach Norden und Osten stark abnimmt. Die zentral gelegene Bevölkerungskonzentration in West-, Mittel- und Südeuropa, die sich bandförmig zwischen der Irischen See und dem Mittelmeer erstreckt, wird unter der Bezeichnung „Blaue Banane“ als wirtschafts- und siedlungsgeografisch bedeutende Megalopolis klassifiziert.

Karl-Heinz König

Quellen: de.wikipedia.org/wiki/Europa
+ Allgemeinwissen zum Thema

**Weiteres zu Europa in der
Sonderausgabe**

Landespolitik:

Nils Schmid:

Umsetzung des Zukunfts-Investitionsprogramms des Bundes ist ein voller Erfolg

Land und Kommunen erhielten 1,24 Milliarden Euro Bundesmittel

"Baden-Württemberg hat das Zukunftsinvestitionsprogramm erfolgreich umgesetzt und die Bundesmittel rechtzeitig zum Jahresende 2011 vollständig abgerufen", sagte Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Nils Schmid am Montag (23. Januar 2012). Voraussetzung für den Mittelabruf war, dass die Maßnahmen vor dem 31. Dezember 2011 abgeschlossen wurden. "Ich danke allen, die zum Gelingen dieses Projekts beigetragen haben. Im Blick auf den Umfang des Förderprogramms und den engen zeitlichen Rahmen bin ich froh, dass auch die großen und zeitaufwendigen Maßnahmen rechtzeitig abgeschlossen werden konnten", so Minister Schmid.

Aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes standen in Baden-Württemberg rund 1,24 Milliarden Euro für Investitionen der Kommunen und des Landes zur Verfügung. Mit den Mitteln wurden gut 5.480 Maßnahmen mit einem Investitionsvolumen von knapp 2,1 Milliarden Euro realisiert. Der größte Teil kam kommunalen Investitionen im Bereich Bildung und Infrastruktur zu Gute. Fast die Hälfte der Bundesmittel (rd. 609 Millionen Euro) wurden den Kommunen in Form von Pauschalen zur Verfügung gestellt, über deren Verwendung die Kommunen eigenverantwortlich entscheiden konnten. Diese Mittel wurden insbesondere für die Schaffung und Sanierung von Bildungseinrichtungen und anderen kommunalen Infrastrukturinvestitionen (z.B. Mehrzweckhallen und Dorfgemeinschaftshäuser) eingesetzt. Bundesmittel flossen darüber hinaus in den Krankenhausbau (130 Millionen Euro), in den staatlichen Hochbau (194,5 Millionen Euro) insbesondere für die energetische Sanierung von Hochschulgebäuden oder zur Forschungsförderung, in den Hochschulbereich (55,4 Millionen Euro) und in wirtschaftsnahe Forschungsinstitute (32,1 Millionen Euro).

Das Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes wurde ergänzt durch ein Landesinfrastruktur-

programm Baden-Württemberg mit einem Fördervolumen von rund 423 Millionen Euro. "Mithilfe der beiden Konjunkturprogramme haben wir wichtige Impulse zur Stärkung der mittelständischen Wirtschaft und des Handwerks gesetzt und damit viele Arbeitsplätze im Land gesichert", so Minister Dr. Nils Schmid abschließend.

23.01.2012

SPD BaWü

Strukturreform der Polizei in Baden-Württemberg auf gutem Weg

Innenminister Reinhold Gall:

„Erfolgreiche Polizeiarbeit braucht Bürgernähe sowie eine straff organisierte und leistungsstarke Polizeiorganisation“

Baden-Württemberg kann nur mit einer bürgernahen und leistungsstarken Polizei eines der sichersten Bundesländer in Deutschland bleiben. „Dafür wollen wir jetzt die richtigen Voraussetzungen schaffen“, betonte Innenminister Reinhold Gall bei der Vorstellung der Eckpunkte für die baden-württembergische Polizei-Reform am Mittwoch, den 25. Januar 2012 in Stuttgart.

Die Dynamik gesellschaftlichen Veränderungen und begrenzten Mittels erforderten flexible und eigenständig agierende Polizeidienststellen in sachgerechten Organisationszuschnitten. Dafür seien Anpassungen nötig. „Die aktuelle kleinteilige Struktur bindet zu viel Personal in Führung und Administration. Bei den derzeit 37 Polizeipräsidien und Polizeidirektionen stellen außerdem wir eine unausgewogene Leistungsfähigkeit und mangelnde Flexibilität fest“, erklärte er.

Nach mehr als viermonatiger intensiver Arbeit legte die mit Fachleuten aus sämtlichen Bereichen der baden-württembergischen Polizei besetzte Projektgruppe „Struktur der Polizei Baden-Württemberg“ gestern ihre Ergebnisse dem Innenminister vor. „Die Eckpunkte, die von einer hochkarätig besetzten Lenkungsgruppe unter Vorsitz von Ministerialdirektor Herbert Zinell akzeptiert wurden, sind richtungsweisend und konsequent. Halbherzige Umstrukturierungen oder gar eine Sparreform habe ich nicht im Sinn“, unterstrich Gall.

Die Reformvorschläge umfassen eine deutliche Straffung der Aufbauorganisation, indem die vier Landespolizeidirektionen der Regierungspräsidien Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg und Tübingen mit den 37 Polizeipräsidien und Polizeidirektionen zu zwölf regional zuständigen Polizeipräsidien verschmolzen und unmittelbar dem Landespolizeipräsidium im Innenministerium nachgeordnet werden. „Diese zwölf vergleichbar leistungsstarken regionalen Polizeipräsidien mit jeweils einer nachgeordneten Direktion Polizeireviere, Kriminalpolizeidirektion und Verkehrspolizeidirektion sowie einem professionellen Führungs- und Lagezentrum für die Bearbeitung von Notrufen und Maßnahmen zur Einsatzsteuerung sollen künftig das Rückgrat und die konzentrierte Leitungskompetenz der baden-württembergischen Polizei bilden“, unterstrich Gall.

Für die Bürgerinnen und Bürger seien schnelle und kompetente Reaktionen entscheidend, wenn die Polizei gebraucht wird - und nicht die Nähe zu der polizeilichen Leitungsebene. Deshalb werde an der Struktur der nahezu 150 Polizeireviere und knapp 360 Polizeiposten nicht gerüttelt. Darüber hinaus sollen künftig bei den zwölf Kriminalpolizeidirektionen der regionalen Polizeipräsidien sogenannte Kriminaldauerdienste eingerichtet werden. Damit stünden Schutz- und Kriminalpolizei der Bevölkerung rund um die Uhr zur Verfügung. Das bedeute eine Stärkung der Fläche und des ländlichen Raumes.

Ferner werde ein neues zentrales Polizeipräsidium die Einsatzeinheiten der Bereitschaftspolizei sowie alle Spezialeinheiten des Landes, die Polizeihubschrauberstaffel und die Wasserschutzpolizei bündeln. Dies beinhalte die Auflösung des Bereitschaftspolizeipräsidiums mit deren nachgeordneten fünf Bereitschaftspolizeidirektionen. Dadurch stünde landesweit ein zentrales Polizeipräsidium zur Verfügung, das den regional zuständigen Polizeipräsidien, dem Landeskriminalamt sowie gegebenenfalls den Polizeien des Bundes und anderer Länder sämtliche einsatzunterstützenden Kompetenzen für den Ernstfall aus einer Hand bieten könne. Außerdem gelte es, die unterschiedlichen Zuständigkeiten und Aufgaben mit der Vielzahl über das Land verteilten Standorte im Bereich der kostenintensiven Polizeitechnik bzw. sich rasch wandelnder Informations- und Kommunikationstechnik zu bündeln. Hierzu werde ein Präsidium Technik, Logistik, Service aufgebaut, das die technischen Aufgaben für die

Entwicklung, Koordination und Beschaffung polizeilicher Führungs- und Einsatzmittel sowie Kommunikationstechnik integriere.

Ebenso werde die polizeiliche Organisation von Aus- und Fortbildung sowie Nachwuchsgewinnung mit den drei Bildungseinrichtungen (Polizeischulen der Bereitschaftspolizei Baden - Württemberg, Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen und Akademie der Polizei Baden-Württemberg) zu einem einheitlichen Bildungsträger (Präsidium Bildung und Personalgewinnung) mit deutlich weniger als den bisher acht Standorten zusammengefasst.

Das Landeskriminalamt Baden-Württemberg nehme weiterhin die kriminalpolizeilichen Zentralstellen- und Serviceaufgaben sowie originäre Ermittlungsaufgaben wahr. Das betreffe insbesondere herausragende Delikte der Politisch motivierten Kriminalität, Organisierter Kriminalität beziehungsweise Wirtschaftskriminalität.

Die Strukturreform soll erhebliche Personalreserven für den Einsatz in der Fläche mobilisieren. „Ich bin sicher, dass sich die durch die Projektgruppe errechneten personellen Verstärkungspotenziale von rund 650 Stellen des Polizeivollzugsdienstes und 240 Stellen des Nichtvollzugspersonals der Polizei mittelfristig durch die Reform erreichen lassen. Dieses Potenzial werde eins zu eins der Polizei erhalten bleiben, damit die Streifen- und Ermittlungsdienste der Polizeireviere und Polizeiposten vor Ort gestärkt und Freiräume für die Kriminalpolizei bei der Bekämpfung neuer bzw. schwerer Kriminalitätsformen geschaffen werden können“, hob der Innenminister hervor. Mit der angestrebten Konzentration der Polizeidienststellen sei auch von einer mittelfristigen Reduzierung der notwendigen Investitionen und der laufenden Betriebskosten im Bereich kostenintensiver Leitstellentechnik (Digitalfunk) in mehrstelliger Millionenhöhe zu rechnen.

Reinhold Gall stellte überdies klar: „Die Reform der Polizei ist nicht der Einstieg in eine allgemeine Verwaltungsreform. Solche Behauptungen sind absurd. Das Reformvorhaben ist für den Erhalt der Leistungsfähigkeit unserer Polizei notwendig. Die Reform basiert ausschließlich auf polizeifachlichen Gesichtspunkten und wird von der Polizei für die Polizei gemacht.“ Der Innenminister will die Eckpunkte in den nächsten Wochen mit Polizei und Politik besprechen. Er kündigte an, bis Os-

tern auf Grundlage der Eckpunkte und unter polizeifachlichen und infrastrukturellen Aspekten über die konkreten Flächenzuschnitte und Standorte der künftigen regionalen Polizeipräsidien zu entscheiden - unter Berücksichtigung bestehender Stadt- und Landkreisgrenzen.

25.01.2012

SPD BaWü



Der Ulmer Oberbürgermeister Ivo Gönner beim SPD- Dreikönigstreffen 2012 in Langenargen

Die Grundwerte, denen sich die Sozialdemokraten seit ihrer Gründung verpflichtet fühlen, und drei wichtige, beispielgebende kommunale Projekte der Stadt Ulm waren Inhalt der Ausführungen des Ulmer Stadtoberhauptes **Ivo Gönner** beim diesjährigen Dreikönigstreffen der SPD Langenargen.

Bei der Begrüßung der rund hundert Gäste wies Holger Maas eingangs auf die bevorstehende Bürgermeisterwahl in der Ufergemeinde hin, für die der Amtsinhaber Rolf Müller nicht mehr kandidieren wird. Der SPD-Kreisvorsitzende Adnan Sabah (SPD Bodenseekreis) wies in seinem Statement auf die Notwendigkeit hin, die Finanzmittel der Städte und Gemeinden zu sichern, erst recht, wenn Bund und Land ihnen immer wieder neue Aufgaben wie den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz oder die Grundsicherung im Alter zumuten. Für seine 40jährige Mitgliedschaft in der SPD ehrte **Ivo Gönner** den Langenargener Genossen **Peter Thierer**.

Die heiligen Drei Könige haben damals wenigstens noch Geschenke mitgebracht, so **Ivo Gönner**, der früher selber als Sternsingerbub am liebsten die Geldschatulle getragen hat beim Gang durch die Wohngebiete. Heute sind die drei Könige (Europa, Bund und Land) eher schwäbisch-geizig, wenn es darum geht, so Gönner, an die Kommunalpolitik genügend

Ausgleichsmittel zu vergeben. Die sozialdemokratische Philosophie ist es, ein Gemeinwesen aufzubauen, das die Rahmenbedingungen garantiert, damit jeder Mensch, jeder Einwohner, mit seinen Talenten seine Lebensentwürfe in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität entwickeln kann. Und es ist demnach Aufgabe der Städte und Gemeinden, so **Gönner**, die Rahmenbedingungen vor Ort zu schaffen, dass Menschen eine Heimat und ein Auskommen finden, gleich woher sie stammen und welche Bildungsqualifikation sie erworben haben. Gönner ist froh, dass es gelungen ist, die Gewerbesteuer als eine wichtige Grundlage für die Finanzplanung der Kommunalpolitik gegen Widerstände von Seiten der Freien Demokraten zu bewahren. Sie muss freilich zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer ausgeweitet werden, damit nicht nur produzierende Gewerbebetriebe ihre Kommunalsteuer zahlen, sondern auch Freiberufler und Geschäftsleute wie Anwaltskanzleien und Versicherungsgesellschaften vor Ort.

Die Stadt Ulm gehört dem europäischen „Rat der Donaustädte und Donauregionen“ an. Bei diesen Konferenzen werde immer wieder deutlich, dass sich deutsche Bürger kaum vorstellen können, wie andere Gebietskörperschaften in der europäischen Nachbarschaft bis hinunter zum Schwarzen Meer eben keine solchen Rahmendingungen schaffen, um ihren Bürgern ein Leben in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu ermöglichen, erklärte das Ulmer Stadtoberhaupt. **Gönner** beschwor die unselige Gefahr autokratischer Systeme wie in Ungarn und würdigte die Autonomie der Städte und Gemeinden als „unschätzbare Bedingung und Basis“ für eine freiheitliche Staatsordnung. Und den ehrenamtlichen Kommunalpolitiker/innen, die sich alle 5 Jahre wählen lassen, um konstruktiv an der Entwicklung ihrer Stadt oder ihrer Gemeinde (in ihrer Freizeit!) mitzuarbeiten, zollte Ivo Gönner „hohen Respekt“ und relativierte zugleich die Bedeutung so mancher „Wutbürger“, die vor Ort alles Mögliche unternehmen, um den Bau einer Altenwohnanlage oder eines Kindergartens in ihrer Wohn-Umgebung zu verhindern.

Im 2. Teil seiner mit schwäbischem Humor gut gewürzten Ausführungen berichtete der landesweit prominente Sozialdemokrat von drei aktuellen Anliegen der Ulmer Stadtpolitik: der Aufbau eines Car-Sharing-Modells „car2go“ zusammen mit Mercedes (mit Smart-Autos), die kommunale Integrationsarbeit bei Migran-

tenfamilien in Ulm sowie die Förderung des ehrenamtlichen Engagements der Menschen in den Vereinen und Verbänden vor dem Hintergrund, dass immer mehr Vereine keinen Nachwuchs mehr finden für die Übernahme von Vorsitzenden- oder Kassier-Ämtern. Jüngere Menschen seien allenfalls noch zu einem zeitlich befristeten Engagement bereit.

Die Stadt Ulm wirbt damit, eine „internationale weltoffene Stadt zu sein“, die Künstler, Wissenschaftler und Manager aus vielen Ländern mit offenen Armen willkommen heiße. Nur wenn dann diese Menschen in Ulm eine Wohnung suchen oder einen Bauplatz, dann haben Mitbürger bisweilen erhebliche Probleme damit, diese Migranten ebenso offen willkommen zu heißen. Es gelte, so **Gönner**, die Fehlentwicklung von „Parallelgesellschaften“ inmitten des Stadtgebietes so weit wie möglich zu verhindern. Angesichts des veränderten Mobilitätsverhaltens der Menschen in den Ballungsregionen geht auch die Stadt Ulm verstärkt dazu über, zusammen mit Mercedes 400 Smart-Autos vorzuhalten, die mit einem Fahr-Chip (so ähnlich wie bei der Bahn) ausgeliehen werden können, um eine dringliche Fahrt zu organisieren. Nicht mehr der Besitz eines Autos ist heutzutage wichtig, sondern die Verfügbarkeit über ein ausleihbares Fahrzeug im Bedarfsfall. Neben den Autos gibt es in Ulm auch ein Leihsystem für Fahrräder. Nähere Informationen gibt es auf den Internetseiten der Stadt Ulm: www.car2go.com/ulm/de.

Ulm lädt alle Fans der Donaumetropole aus Nah und Fern zum Besuch der Jubiläumsfeierlichkeiten im Sommer ein: „Aufbruch von Ulm entlang der Donau 1712/2012“. Beim Schwörkonzert im Juli (Schwörmontag) auf dem Münsterplatz gastiert mit Elton John ein absoluter Weltstar in der Musikszene.

Hoherfreut nahm **Ivo Gönner** das allfällige Dankespräsent aus Langenargen entgegen. „Lieber ein guter Tropfen von der Sonnenstube am See als ein saurer Simsenkrebler vom Donautal!“ In Ulm sei es noch nicht gelungen, einen Wein anzubauen, so der Oberbürgermeister, den man auch trinken kann, ohne dass es einem schlecht wird... Über dieses selbstkritische Bonmot lachten auch die angereisten Delegationen aus Bad Waldsee, Amtzell, Lindau, Ravensburg/Weingarten und aus dem übrigen Bodenseekreis.

06.01.2012

W. Bernhard

Meldung des Südkurier vom 18.01.2012

Martin Hahn, MdL (Grüne):

„Keine Chance für Ortsumgehungen“

Die Pressemitteilung mit den Äußerungen des MdL Martin zu den Straßenbauprojekten im Kreis brachte OB Brand, den Landrat Wölfle und den MdL Müller (CDU) zu einem lauten Protest auf. Landes- und Kreis-SPD wurden aufgefordert sich beim Koalitionspartner für den Vollzug der Projekte zu verwenden bez. nicht zu schweigen

Hier die Sicht der Kreis-SPD. Eine praktisch fast identische Pressemitteilung wurde über den Medienreferenten Dietram Hoffmann an Südkurier und Schwäbische Zeitung geleitet, leider nur in Fragmenten in einem allgemeinen Bericht zur Laqe wiedergegeben:

Landes-SPD soll B 31 – Pläne stützen

Warum soll jetzt die Landes-SPD B31 – Pläne stützen? Die CDU war zumindest seit 1996 mit der FDP alleine an der Regierung. Hat sie die B31-Pläne glaubwürdig unterstützt? Wo war da die Handschrift der zuständigen Verkehrsminister Müller oder Gönner zu lesen? Ausser gebetsmühlenhaften Wiederholungen von Schuldzuweisungen an die SPD-Bundesverkehrsminister war da nichts. Dass der CSU-Verkehrsminister auch nicht zahlt, spielt keine Rolle, denn jetzt ist ja ein Grüner als Landesverkehrsminister schuld.

Hermann hat wenigstens deutlich gesagt, dass für rund 18 Jahre kein Geld für Neubauten da ist. So lange müssen die im Bau befindlichen Projekte erst einmal abgearbeitet sein. Das waren schon noch Zeiten, als die CDU Spatenstich um Spatenstich feierte als Versprechen, es geschehe was und doch nichts geschah.

Opposition will auch gelernt sein. Es genügt nicht die eigenen Versäumnisse den Nachfolgern in die Schuhe zu schieben.

Keine Angst Herr Müller, die Kreis-SPD schweigt nicht. Sie ist weder von ihrer Haltung zu den Plänen zur B 31 abgerückt noch hat sei

Ähnliches vor. Sie hat sich auch klar zur Version „Planungsfall 7.5“ bekannt.

Dass kein Geld da ist, heißt doch, dass der Bund eben mehr Geld geben muss, ansonsten kann eben nicht gebaut werden. Vor dieser Wahrheit ist aber die schwarz-gelbe Koalition permanent zurückgeschreckt. Zu den Umfahrungen Bermatingen und Markdorf betont Müller, er habe 2004 den Beschluss getragen, Mittel für die Umfahrung von Bermatingen und Markdorf ins GVFG-Programm aufzunehmen“. Warum ist dieser Beschluss in den sieben Jahren von 2004 bis 2011 nicht ausgeführt worden? Die Hinterlassenschaft der schwarz-grünen Regierung baden nun Markdorf und Bermatingen damit aus, dass für rund 18 Jahre kein Geld für den Neubau von Landesstraßen da ist. Dabei geht es im Falle Markdorf doch eigentlich hauptsächlich um den Verkehr der B 33. Da ginge es doch wohl um Bundesmittel.

Ein Wechsel bei der Aufteilung von Straßenbaufördermitteln des Landes „von bislang 60 Prozent für den Straßenbau und 40 Prozent für ÖPNV/Rad/Fußgänger auf nun 40 zu 60“ ist durchaus üblich bei einem Regierungswechsel. Dies hat Hahn auch deutlich gemacht.

Wie die Herren Müller und Wölfle sehr richtig festgestellt haben, befindet sich die SPD in einer Koalition mit den Grünen. Ihren Umgang untereinander bestimmen die Partner schon selbst ohne Mithilfe einer Partei, die Opposition gerade erst lernen muss.

Die SPD Bodenseekreis wird ganz bestimmt nicht schweigen. Sie wird mit Herrn Hahn reden. Sie wird sich erläutern lassen wie Herr Hahn seine Äußerungen meint. Der Wunsch nach einem möglichst frühen ersten Spatenstich ist erst einmal doch Wunsch aller Beteiligten.

Ganz bestimmt lässt sie sich von der CDU nicht vorschreiben wie man mit MdL Martin Hahn verhandelt. Wenn Herr Müller sagt, das mit der Zweispurigkeit gehe nicht, kann er das doch sicher beweisen.

Die SPD-Bodenseekreis wird auch nicht dazu schweigen, dass für die B 31 zwischen Grenzhof (Ende planfestgestellte Umgehung FN) und Ostende des Abschnittes Überlingen von den eifrigen CDU-Männern noch nicht einmal ein Planfeststellungsverfahren gefordert wird. So etwas nennt man Kirchturmpolitik.

20.01.2012

Karl-Heinz König

Diese Ausführungen blieben nicht unwidersprochen:

Pressemitteilung von Fraktion und Ortsverein der SPD Friedrichshafen:

SPD Friedrichshafen kämpft für den Bau der B 31

Die SPD-Fraktion im Gemeinderat Friedrichshafen und der Vorstand des SPD-Ortsvereins Friedrichshafen bekräftigen in einer gemeinsamen Stellungnahme anlässlich ihrer Klausur in Wiggensbach die Forderung nach einem schnellen Bau der B 31 Umgehung FN-West.

Das Motto kann nicht lauten „In den nächsten Jahren wird keine neue Straße gebaut!“, – wie der grüne Wahlkreisabgeordnete Martin Hahn in Markdorf bekannt gab. Die Sozialdemokraten in Friedrichshafen stellen eindeutig fest, dass es sich bei der B 31 FN-West um eine planfestgestellte Bundes-Straße handelt, mit deren Bau sofort begonnen werden könnte, wenn der Bund die finanziellen Mittel bereit stellt und das Land die Maßnahme entsprechend priorisiert. Das Land muss hierfür kein Geld bereit stellen, da es um eine Bundesstraße geht. Die Priorisierung seitens des Landes sollte kein Problem sein, da der lange Planungszeitraum „Rekord-verdächtig“ und die Höhe des Verkehrsaufkommens – auch in Konkurrenz zu anderen Umfahrungen kaum zu überbieten ist.

Wegen der angespannten finanziellen Lage und dem Stau an planfestgestellten Straßenbauvorhaben im Land, unterstützt die Häfler SPD – auch als Mitglied im parteiübergreifenden Bündnis „Pro B 31“ - das „Friedrichshafener Modell“ für eine private Zwischenfinanzierung.

„Das Land jammert darüber, dass kein Geld da ist und der Bund prüft nicht, ob mit dem Geld der Stadt ein früherer Baubeginn zwischenfinanziert werden kann. Der Bund erwartet ein positives Signal des Landes dazu, das Land verlangt vom Bund die Klärung, ob eine solche Finanzierung überhaupt geht,“ fassen die Genossen das „Behörden-Ping-Pong-Spiel“ zusammen.

„Rein parteipolitisch motivierte Schuldzuweisungen oder rückwärts gewandte Blicke – wie zuletzt von der Kreis-SPD geäußert – bringen uns jedenfalls nicht weiter“ stellt „Pro B 31-

Aktivist“ Dieter Stauber (stellvertretender Ortsvereinsvorsitzender und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD) fest.

Roland Frank (Vorsitzender der SPD-Gemeinderatsfraktion) bekräftigt, dass die Pressemitteilung der SPD Bodenseekreis nicht durch den Sachverstand der SPD Friedrichshafen bereichert wurde. „Wir sind in der Pflicht, für die geplagten Anwohner, genervten Verkehrsteilnehmer und nicht zuletzt für die örtlichen Unternehmen, die Messe und den Handel eine leistungsfähige Umgehungsstraße mit Anschlussknoten zu bauen!“

Der Ortsvereinsvorsitzende Roland Kaczmarek hat Verständnis dafür, dass die Unterstützung der Landes-SPD gewünscht wird, nachdem der grüne Landesverkehrsminister von einem angeblich „nahezu perfekten Straßennetz“ spricht. „Im Interesse der Stadt und der Region setzen wir uns für Lösungen ein. Mit Fahrradwegen werden wir die fehlende Umgehung nicht kompensieren können,“ so Kaczmarek.

Der Druck auf die Entscheidungsträger der Verkehrsministerien im Bund und im Land, aber auch auf die Abgeordneten und Vertreter der Regierungsfractionen dürfe deshalb nicht nachlassen.

22.01.2012

Roland Frank

Zur Pressemitteilung von Fraktion und Ortsverein der SPD Friedrichshafen

Es ist völlig in Ordnung, wenn „die SPD-Fraktion im Gemeinderat Friedrichshafen und der Vorstand des SPD-Ortsvereins Friedrichshafen ... in einer gemeinsamen Stellungnahme anlässlich ihrer Klausur in Wiggensbach die Forderung nach einem schnellen Bau der B 31 Umgehung FN-West (bekräftigen)“.

Es ist aber überhaupt nicht in Ordnung, Martin Hahn zu unterstellen, sein Motto sei „in den nächsten Jahren wird keine neue Straße gebaut“. Ein Motto ist eine programmatische Aussage und nicht eine sachliche Feststellung wie die von Hahn, die sich auf die fehlenden Mittel für den Neubau nur von Landesstraßen bezog, aber nicht auf die planfestgestellte Bundes-Straße B 31 FN-West, deren Finanzierung beim Bund liegt. Mit meinem bescheidenen Sachverstand verstehe ich die Situation dort so:

1. Der schwarze Verkehrsminister hat keine

Mittel für den Bau der planfestgestellten Bundes-Straße B 31 FN-West.

2. Friedrichshafener Politiker haben dem Bundesverkehrsminister in 2010 vor der Wahl im März 2011 angeboten, diesen Bau durch private Geldgeber zwischenfinanzieren zu lassen.

3. Eine Prüfung durch das Bundesverkehrsministerium, „ob mit dem Geld der Stadt ein früherer Baubeginn zwischenfinanziert“ möglich sei, ist meinem Wissen nach noch nicht abgeschlossen, falls sie überhaupt begonnen wurde

4. Da eine Zwischenfinanzierung geliehenes Geld ist, muss dieses zurückbezahlt werden. Unser Landesfinanzminister, der Genosse Nils Schmid wäre mit dem Klammerbeutel gepuert, würde er die Mittel aus der Zwischenfinanzierung freigeben, ohne eine eindeutige Zusage des Bundes, dass dieser das Geld am vertraglich festgelegten Zeitpunkt auch an die privaten Geldgeber zurückzahlt. Das ist kein Ping-Pong, sondern solide Haushaltspolitik.

Dass „die Häfler SPD – auch als Mitglied im parteiübergreifenden Bündnis „Pro B 31“ - das „Friedrichshafener Modell“ für eine private Zwischenfinanzierung (unterstützt)“ mag wegen einem verkehrspolitischen Notstand dort gerechtfertigt werden. Allerdings sei die Frage erlaubt, ob es für Sozialdemokraten akzeptabel ist, wenn schon heute der Bezahlszeitpunkt von 20% der Bauvorhaben des Bundes nicht mehr durch die Politik, sondern durch Verträge mit privaten Geldgebern bestimmt ist.

Es ist sehr befremdlich, wenn ein „stellvertretender Ortsvereinsvorsitzender und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD ... der Kreis-SPD ...parteilich motivierte Schuldzuweisungen“ vorwirft, nur weil diese daran erinnert, dass die CDU zwar 2004 den Beschluss gefasst habe, Mittel für die Umfahrung von Bermatingen und Markdorf aufzunehmen und dann in sieben Jahren nichts umgesetzt habe. Außerdem scheint der „stellvertretende Ortsvereinsvorsitzender und stellvertretende Fraktionsvorsitzender der SPD“ der Meinung zu sein, man könne mit „rückwärts gewandte(n) Blicke(n)“ aus eigenen Fehlern und denen der anderen nichts lernen, bzw. man komme in der politischen Auseinandersetzung weiter, wenn man die Vergangenheit ignoriert.

Da Hahn ursprünglich seine Feststellung zum fehlenden Geld im Zusammenhang mit der Südumgehung Bermatingen und Markdorf ge-

macht hat, und die Bemerkung zum nur zweispurigen anstatt vierspurigen Ausbau der B 31 FN-West eher nebenbei gefallen ist, noch einige Anmerkungen zum Neubau von Landesstraßen.

Regierungswechsel in Demokratien bedeuten meistens einen Paradigmenwechsel. Ein solcher war die Umkehr der Aufteilung von Straßenbaufördermitteln des Landes „von bislang 60 Prozent für den Straßenbau und 40 Prozent für ÖPNV/Rad/Fußgänger auf nun 40 zu 60“ (s. S25 ff in DER WECHSEL BEGINNT, Koalitionsvertrag zwischen Grün und Rot.) Die Konsequenzen daraus hat Martin Hahn in seinem Interview deutlich gemacht. Es ist sicher besonders bitter für Markdorf, dass für rund 18 Jahre kein Geld für den Neubau von Landesstraßen da ist, wie Verkehrsminister Hermann nach der Analyse der „Bücher“ im Verkehrsministerium feststellen musste. So lange wird es dauern, bis die im Bau befindlichen Projekte abgearbeitet sein werden.

Zum Abschluss das Ergebnis einer Dreisatzrechnung von einem mit weniger Sachverstand:

Hätte es den oben erwähnten Paradigmenwechsel nicht gegeben, dann hätte es immer noch für rund 12 Jahre kein Geld für den Neubau von Landesstraßen gegeben. Hat das schon mal einer den zu Recht enttäuschten Einwohnern von Markdorf erklärt?

25.01.2012

Dietram Hoffmann

Stellungnahme der SPD-Kluffern zu MdL Müllers Aufforderung zum Widerstand in der Straßenbaupolitik:

MdL Ulrich Müller ruft die Bürger als auch die Verantwortlichen der Kommunen zum Widerstand auf. Es geht um das fehlende Geld für den Straßenbau.

Für Bundesstraßen gilt: Bundesfinanzminister Schäuble (CDU-BW) hat im Bundeshaushalt zu viele Schulden, daher gibt Bundesverkehrsminister Ramsauer (CSU) den Ländern kein Geld für Straßenneubauten und der Landesverkehrsminister von Baden-Württemberg versucht das Beste aus der Situation zu machen, nämlich nichts zu versprechen, was von Berlin nicht bezahlt wird, sondern im ersten Schritt

die bereits begonnen Straßenbauten fertigzustellen und die vorhandenen in Stand zu halten. Dann ist das bis 2015 vorhandene Geld alle.

Für Kreisstraßen gilt: Bundesfinanzminister Schäuble (CDU-BW) hat zu viele Schulden, daher gibt Bundesverkehrsminister Ramsauer (CSU) den Ländern nur wenig Geld in den GVFG- (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz)-Topf. Aus der Zeit von Ministerin Gönner (BW) Ende 2010 kam daher die Aussage: „Der Topf ist heillos überlastet. Es werden aber immer wieder neue Vorhaben aufgenommen. Mit anderen Worten: man wartet nicht zwingend zehn Jahre, bis ein Antrag bewilligt wird. Es kann aber auch passieren, dass man wesentlich länger warten muss.“ Nun soll z.B. die Umgehung Markdorf zu 70% genau aus diesem Topf bezahlt werden, das erwarten Bürgermeister Gerber, Landrat Wölfle und MdL Müller. Und MdL Martin Hahn sagt, ohne Moos nichts los (Moos aus Berlin), denn das Land hat (nach über 50 Jahren CDU Regierung) ebenfalls zu viele Schulden.

Für Landesstraßen gilt: Die Unternehmen und Betriebe unseres Landes sind auf eine gute und funktionierende Infrastruktur angewiesen. Es ist eine Frage der Vernunft, an ihr keinen Raubbau zu betreiben, sondern sie zukunftsfest zu machen.

Ein Beispiel: Das Fazit der CDU-Regierungsjahre ist bei den Landesstraßen schnell gezogen und fällt bitter aus. Bereits 1995 hatten CDU und FDP ermittelt, dass 90 Millionen Euro jährlich in den Erhalt der Landesstraßen gesteckt werden müssten, nur um die Qualität zu halten. Tatsächlich sind aber seit dem Jahr 2005 gerade einmal die Hälfte des Betrages pro Jahr aufgebracht worden. Seit 2009 gab es ein kurzes Strohfeuer, das sich auf ein nicht finanziertes Konjunkturprogramm stützte. Ein Programm, das nun SPD und Grüne in den Jahren 2012 bis 2014 gegenfinanzieren müssen. Im Haushalt 2012 verdoppelte SPD-Finanzminister Schmid daher das Budget für den Erhalt und die Sanierung der Landesstraßen auf 100 Millionen Euro. Die jahrelange Vernachlässigung der Landesinfrastruktur findet damit endlich ein Ende.

Es gibt folgende Lösungen für den von MdL Müller geforderten Widerstand: Herr Müller führt seinen Protestzug nach Berlin zu Verkehrsminister Ramsauer, damit dieser mehr Geld speziell für den Bodenseekreis herausrückt. Oder die fehlenden 70% des Geldes für

die neue Kreisstraße „Ortsumgehung-Markdorf“ bezahlt der Kreis, der allerdings auch keines hat. Oder wir entscheiden uns für das Machbare und konzentrieren alle Finanzmittel auf den Ausbau der B31, wie auch von MdL Martin Hahn vorgeschlagen.

Mut zur Ehrlichkeit und politische Glaubwürdigkeit zahlen sich langfristig aus.

22.01.2012 Gretel Schwaderer und Bernd Caesar
(Vorsitzende der SPD-Kluffern)

Termine im Bodenseekreis

KV Bodensee:

**Freitag, 03.02.2012,
19:30**

**Hotel-Gasthof Adler
FN-Ailingen
Bundestagsfraktion**

Martin Gerster, MdB

Thema:

Rechtsterrorismus in Deutschland

Montag, 13.02.2012,

Ort: Veranstaltung der Juso-Hochschulgruppe
in der **Zeppelin University in
Friedrichshafen**

mit Josip Juratovic, MdB

Kreisvorstandssitzung

Montag, 27.02.2012,
19:30 Uhr

Immenstaad

Politischer Aschermittwoch

Fällt leider aus

Referent hat abgesagt

OV Bermatingen:

Jahreshauptversammlung

Freitag, 24.02.2012,
19:00 Uhr - 21:30 Uhr

Ort: Weinstube Stecher

download Einladung JHV

OV Markdorf:

Vorstandssitzung

19:00h

Mittwoch, 08.02.2012

Ort: Gasthaus Krone

OV Meersburg:

Do, 09.02.2012

20:00

Hock

Weinstube Truben, Steigstraße

OV Friedrichshafen:

Vorstandssitzung

Donnerstag, 23.02.2012, 8:00 Uhr.

Ort: Zeppelin Dorfkrug

SPD-Stammtisch

Donnerstag, 23.02.2012,

19:30 Uhr.

Ort: Zeppelin Dorfkrug

SPD- Mitglieder, Gäste und interessierte
Bürger, sind herzlich
eingeladen und willkommen

OV Tettang:

09.02.2012,

19:30 Uhr - 22:00 Uhr

Stammtisch

Zukunftsdialog

**"Der langsame Abschied von Öl
und Atom"**

Dienstag, 14.02.2012,

18:00 Uhr.

Ort: Technische Werke Schussental,
Schussenstr.22,

88212 Ravensburg

**Wie wir unsere Energieversorgung
langfristig sichern.**

Einlass ab 17:30 Uhr.

**Mit: Martin Gerster, MdB, Ute Vogt,
MdB, Felix Rückgauer, Vorsitzender
SPD-Ravensburg (Moderation).**

Eine Veranstaltung der SPD

Bundestagsfraktion

SBI

Mittwoch 01.02.2012

18:00

SBI-Sitzung

in Friedrichshafen

Hotel Goldener Hirsch,
Charlottenstr.1

Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org



Sozialdemokratische Partei
Kanton St. Gallen

Steuersenkungen für Unternehmen und Reiche führen zu riesigen Löchern in der Staatskasse!

Im Aufgaben- und Finanzplan 2013-2015 zeigen sich einmal mehr die Auswirkungen der bürgerlich geprägten Finanz- und Steuerpolitik: Aufgrund von Entlastungen der Unternehmen und hohen Einkommen und Vermögen in den letzten vier Jahren wurde das freie Eigenkapital aufgebraucht. Die SP fordert Massnahmen bei der Einnahmenseite.

Der am Freitag von der Regierung vorgestellte Aufgaben- und Finanzplan ist eine nüchterne Übersicht über die Aussichten des Staatshaushaltes für die Jahre 2013 bis 2015. In den kommenden Jahren fehlen jährlich um die 300 Millionen Franken in der Kasse. Das entspricht gerade demjenigen Betrag, um welchen die bürgerlichen Parteien die Vermögen und hohen Einkommen von Gutverdienenden und Grossunternehmen entlastet haben. Nicht etwa zu hohe Ausgaben sind also Schuld an der Misere, es sind die fehlenden Einnahmen. Für Fraktionspräsident Peter Hartmann ist klar: „*Steuersenkungen für Unternehmen und Reiche führen nicht zu mehr Einnahmen sondern im Gegenteil zu riesigen Löchern in der Kasse. Den Bürgerinnen und Bürgern wurde ein Märchen aufgetischt!*“



Anpassungen im Steuergesetz dringend notwendig

Es stellt sich die entscheidende Frage, wie wir den Staatshaushalt wieder ins Lot bringen. Die SP-Fraktion hat konkrete Vorschläge eingebracht, damit ein vernünftiger Weg zwischen Mehreinnahmen und gezielten Entlastungen gefunden werden kann. Mit drei Motionen fordert die SP eine Revision des Steuergesetzes: Die Entlastungen bei den Vermögens-, Unternehmens- und Einkommenssteuern müssen mindestens teilweise rückgängig gemacht werden. Ausserdem sollen die wegfallenden SNB-Gewinnanteile des Kantons ganz oder teilweise aus dem besonderen Eigenkapital ausgeglichen werden können. Bereits mehrfach hat die SP gefordert, dass die Abschreibungspraxis bei grossen Investitionen geändert wird.

Kein Ausverkauf der Kantonalbank

Die St.Galler Bevölkerung hat ein Recht darauf, dass vor den kantonalen Wahlen im März die Vorstellungen zum erneuten Sparpaket auf dem Tisch liegen. „Keine Lösung stellt aus Sicht der SP, der Ausverkauf von Vermögenswerten dar. Das Verschern der Beteiligungen an der St.Galler Kantonalbank steht nicht zur Diskussion“, so Parteipräsidentin Claudia Friedl

Vorstösse der SP zur Steuerpolitik

Motion 42.11.35: [Anpassungen im Steuergesetz notwendig – Vermögenssteuern](#)

Motion 42.11.36: [Anpassungen im Steuergesetz notwendig – Unternehmenssteuern](#)

Motion 42.11.37: [Anpassungen im Steuergesetz notwendig – Einkommenssteuern](#)

Motion 42.11.29: [Besonderes Eigenkapital auch zur Finanzierung des Ausfalls der SNB-Gelder](#)

Interpellation 51.10.10: [Vorgehen zur Überprüfung Abschreibungspraxis nach HRM2](#)
St.Gallen, 9. Januar 2012 Weitere Auskünfte:
o Claudia Friedl, Parteipräsidentin
o Peter Hartmann, Fraktionspräsident

SP zu Gast im Frauenarchiv

Die SP Veranstaltungsreihe „zu Gast bei“ führte gestern Regierungsrätin Hanselmann und SP Regierungsratskandidat Fredy Fässler in das Archiv für Frauen- Geschlechter und Sozialgeschichte Ostschweiz. Die beiden Gäste stellten dem interessierten Publikum Bücher vor, die für sie von besonderer Bedeutung sind.

Heidi Hanselmanns Leidenschaft für Bergsteigen und Abenteuer kam bei ihrer Bücherauswahl deutlich zum Ausdruck, aber auch die Bewunderung für unerschrockene und wagemutige Frauen, die bestehende Konventionen in Frage stellen und ihren eigenen Weg gehen. Das Buch „Gipfelstürmerinnen“ beleuchtet die Geschichte des Alpinismus aus Frauensicht und macht deutlich, dass lange Zeit sogar die Alpen den Männern gehörten. Pionierinnen mussten auch auf diesem Gebiet den Frauen den Weg erst bahnen. Überhaupt sind es die Extremsituationen, welche auf die Gesundheitsdirektorin Faszination ausüben, weil in solchen Momenten die wahren Charaktere zum Vorschein kommen. So liest sich das Buch über eine Expedition Shackletons zum Nordpol wie eine Anleitung zum richtigen Führen.



Heidi Hanselmann und Fredy Fässler

Fredy Fässlers Bücherauswahl spiegelt seinen ausgeprägten Sinn für Gerechtigkeit. Es ist der Wunsch, die Welt ein klein wenig besser zu machen, die Chancen für Benachteiligte, wo immer es geht, zu verteidigen. So erstaunt es nicht, dass Fässler aus Jean Zieglers nie gehaltenen, später prämierten Rede zitiert, die unter

dem Titel „Der Auftrag des Gewissens“ veröffentlicht wurde. Der „Sozialalmanach 2012“ der Caritas über „Arme Kinder“ und ein Buch namens „Richtig steuern“ entpuppen sich als äusserst spannende Lektüre. Dass Steuern nicht einfach lästige Pflicht sind, dass hinter einer Steuerpolitik Weltanschauungen stecken, die sich unmittelbar auf eine Gesellschaft auswirken, sind Erkenntnisse, die immer mehr Leute im Kanton durch die rigorosen Sparpakete am eigenen Leib zu spüren bekommen. Kantonsrat Fässler beschäftigt und begleitet diese Themen seit Jahrzehnten und sie werden es weiterhin, auf seinem Weg zum Regierungsrat.

St.Gallen, 11. Januar 2012 Für Rückfragen:
Ariana Krizko, Politische Sekretärin

SP Kanton Thurgau

Medienmitteilung

Sehr geehrte Damen und Herren

Als SP Gesundheitspolitikerin und als Präsidentin der Patientenstelle Ostschweiz verrete ich meine persönliche Überzeugung und Erfahrung zur Managed Care Vorlage.

Die heutige Medizin zwischen Hausärzten und Spitälern ist in vielen Kantonen oft wenig koordiniert. Patientinnen und Patienten, die aus dem Spital entlassen werden, wissen häufig nicht, wie es weitergeht. Sie fragen ihren Hausarzt, der vom Spital noch keinen Austrittsbericht erhalten hat. Ziel der integrierten Versorgung ist es, dass die am Behandlungspfad beteiligten Fachpersonen besser miteinander kommunizieren und die Behandlung absprechen, ohne sich gegenseitig dreinzusprechen. Bei uns im Kanton Thurgau funktioniert das schon recht gut. Während der gesamten Behandlungs- und Genesungsdauer soll schweizweit zukünftig aus einer Hand koordiniert werden. Durch vernünftige finanzielle Anreize, sowohl für Gesunde (Prämien) wie auch für Kranke (Selbstbehalt), wird die Entwicklung dieser neuen Organisationsform gefördert. Die Managed Care Vorlage regelt endlich auch den überfälligen Risikoausgleich. Wird die Vorlage angenommen, dann können sich Netzwerke besser um chronisch kranke Patientinnen und Patienten kümmern und die Prävention erhält einen höheren Stellenwert. Die vorliegende Lösung des Parlaments erachte ich trotz einzelnen umstrittenen Punkten als den bestmöglichen Weg, um die gesundheitliche Versorgung und die notwendige Qualität

im Interesse der Patientinnen und Patienten gesamtschweizerisch zu sichern.

Freundliche Grüsse

Edith Graf – Litscher, Nationalrätin

Finanzierung Bahninfrastruktur muss verbessert werden

In der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen, KVF werde ich mich für die notwendige Verbesserung der Botschaft des Bundesrates einsetzen. Die Altlasten müssen bereinigt werden. Der neue, unbefristete Fonds darf nicht mit dem Bremsklotz der alten Schulden starten. Nur mit einem entschuldeten Fonds ist die notwendige langfristige Finanzierung des Unterhalts und der notwendigen Infrastrukturanpassungen gesichert. Sonst stehen in der ersten Ausbaustufe nicht genügend Mittel zur Verfügung.

Der Bundesrat hat es verpasst, die Wirtschaft als grosse Nutzniesserin des öffentlichen Verkehrs in dessen Finanzierung einzubeziehen. Eine Erhöhung der Unternehmensgewinnsteuer oder eine direkte Finanzierung nach dem Muster des französischen «Versement transport» wären zwei Möglichkeiten dazu. Der Bundesrat ist auf der richtigen Linie, um eine dauerhafte Finanzierung der Bahninfrastruktur festzuschreiben.

Die Botschaft kann in dieser Form jedoch nicht als vollwertiger Gegenvorschlag zur ÖV-Initiative angesehen werden. Allzu einseitig sind die Lasten darin verteilt. Ich werde mich im Nationalrat dafür einsetzen, dass die nötigen Verbesserungen in die Vorlage aufgenommen werden und die Lasten gerecht verteilt werden.

23.01.2012 Edith Graf – Litscher, Nationalrätin
Oberer Moosweg 11, 8500 Frauenfeld

www.edith-graf.ch



Bundespolitische Erfolge 2011

**Allein im heurigen Jahr sind schon bis
jetzt zahlreiche politische Reformen
gelungen. Eine Übersicht**



Soziales / Arbeitsmarkt

- Niedrigste Arbeitslosigkeit in ganz Europa
- Anti-Sozialdumping-Gesetz
- Geregelter Zuwanderung mit der "Rot-Weiß-Rot"-Karte
- Pflegefonds

Bildung

- Neue Mittelschule wird zur Regelschule - Vollausbau bis 2015/16
- Mehr Geld für Ganztagschule
- Verwendung von Landeslehrern im Bundesdienst; Schulaufsicht Neu, neues Schulleiterprofil
- Einigung auf Oberstufe Neu
- Weiterer Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen

Gesundheit

- Krankenkassen sparen weiter – Schulden halbiert
- Transparente OP-Wartelisten
- Kindergesundheitsstrategie fertig, u. a. neue Kinderimpfungen gratis
- Spitalsreform auf Schiene

Umwelt

- Ökostromgesetz
- Klimaschutzgesetz beschlossen
- Import-Verbot für Atomstrom ab 2015

Infrastruktur und Verkehr

- Rettungsgasse kommt
- Bahn-Strategie "Zielnetz 2025+"
- Telekommunikationsgesetz: Wirksamer Schutz vor überhöhten Handyrechnungen
- FTI-Strategie beschlossen - Österreich soll zum Innovation Leader in der EU werden
- Angewandte Forschungsförderung mit Rekordbudget
- Verkehrsunfallstatistik: Historischer Tiefstand bei Verletzten und Getöteten
- StVO-Novelle mit Radhelmpflicht für Kinder bis 12 Jahre

Frauenpolitik

- Einkommenstransparenzgesetz
- Frauenquote in Aufsichtsräten staatsnaher Unternehmen

- Papa-Monat im Bundesdienst
- Demokratie / Verwaltung**
- Historische Lösung in Ortstafel-Frage in Kärnten
 - Bund-Länder-Einigung zur Verwaltungsreform
 - Kinderrechte in der Verfassung
 - Reform der Briefwahl
 - Lobbyisten-Gesetz
- SPÖ-Express, 23.12.2011

Millionäre sollen zahlen

Einwallner:

Arbeitnehmern und Mittelschicht keine weiteren Belastungen zumutbar

Die geplanten Abgaben für Millionäre, Großunternehmen und Großgrundbesitz werden von der SPÖ Vorarlberg begrüßt. „Die Arbeitnehmer und die Mittelschicht wurden in den letzten Jahren zunehmend belastet. Es ist an der Zeit, dass auch diejenigen, denen es sehr sehr gut geht, einen solidarischen Beitrag leisten“, so Reinhold Einwallner, Landesgeschäftsführer der SPÖ Vorarlberg. „Hier geht es nicht nur um viel Geld für die Allgemeinheit, sondern auch um Gerechtigkeit“, meint der Sozialdemokrat.

Millionärsabgabe und Wiedereinführung der Erbschaftssteuer überfällig

„Österreich ist nach wie vor ein Steuerparadies für Millionäre. Gleichzeitig tun sich immer mehr Arbeitnehmer schwer dabei, die explodierenden Lebenshaltungskosten zu zahlen. Diese Schieflage gehört beseitigt“, stellt der Landesgeschäftsführer fest. Als besonders unterstützenswert bezeichnet er darum Steuern auf Vermögen über € 1.000.000. Auch eine Wiedereinführung der Erbschaftssteuer mit entsprechenden Freibeträgen unterstützt Einwallner. „Die zehn reichsten Familien Österreichs besitzen ein Geldvermögen von über € 63.500.000.000. Das meiste davon ist steuer-schonend geparkt. Wenn diese Leute Steuern dafür zahlen, dass sie ihre Milliarden weitervererben, kann das kein Problem für sie sein. Ihre Erben sind danach immer noch reich“, gibt der Landesgeschäftsführer zu bedenken.

Auch Ländle muss gerechter werden

Mit der geplanten Steuer auf Gewinne durch Flächenumwidmungen wurde ein konkreter Vorschlag aus dem Programm „LändleGerecht“ der SPÖ Vorarlberg übernommen. Ein-

wallner ist erfreut darüber, dass damit eine steuerliche Lücke geschlossen werden soll, die vor allem auch in Vorarlberg zu Ungerechtigkeit führt. „Regelmäßig wird per Beschluss billiger land- und forstwirtschaftlicher Grund zu teurem Baugrund umgewidmet. Über Nacht wird der Wert von Grundstücken zugunsten von Privateigentümern vervielfacht. Dadurch aber steigen für alle Vorarlberger die Grundstücks- und somit auch die Wohnpreise. Eine Steuer auf Gewinne, die nicht durch Arbeit sondern nur durch Beschlüsse entstehen, ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit“, ist sich Einwallner sicher.

Er hofft auf eine schnelle Umsetzung der neuen Abgaben. „Das Geld wird dringend benötigt. Je schneller die Regierung Faymann hier handelt, desto eher kann das Budget saniert werden. Das ist wichtig, damit der Sozialstaat nicht an Substanz verliert“, so Einwallner abschließend.

SPÖ-Express, 23.12.2011

Öffentlicher Personennahverkehr ist zu komplex und nicht aufeinander abgestimmt

SPÖ-Verkehrssprecherin LAbg. Mirjam Jäger-Fischer:

„Vorarlberger Verkehrsverbund muss mehr Kompetenzen bekommen“

„Die Finanzierung und die Organisation des Öffentlichen Personennahverkehrs ist einfach zu komplex und schwer zu durchschauen. Zu viele Systempartner haben etwas zu sagen. Es wird deshalb notwendig sein, den Vorarlberger Verkehrsverbund mit mehr Kompetenzen auszustatten“, resümiert SPÖ-Verkehrssprecherin LAbg. Mirjam Jäger-Fischer die heutigen Beratungen im Kontrollausschuss.

Dabei koche, so Jäger-Fischer weiter, der Landbus Unteres Rheintal sein eigenes Süppchen. Dadurch sei die Anschlusssicherung an die anderen Landbussysteme nicht gewährleistet. Es könne nicht sein, dass ein Landbussystem mit anderen Planungen und Gerätschaften fahre und damit die restlichen Landbusse „im Regen stehen lasse“.

Die SPÖ-Verkehrssprecherin fordert deshalb ein stärkeres Durchgriffsrecht des Vorarlberger Verkehrsverbundes. Dazu meint Jäger-Fischer abschließend: „In einem kleinen Land wie Vorarlberg muss es möglich sein, dass alle Landbussysteme aufeinander abgestimmt werden können. Deshalb müssen zentrale Planungen, wie beispielsweise die Grundversorgung mit öffentlichem Verkehr, auch unter Federführung des Vorarlberger Verkehrsverbundes erfolgen.“

SPÖ-Express, 20.01.2012

SPÖ Vorarlberg trauert um Alexander Lutz

Mit großem Bedauern mussten wir davon Kenntnis nehmen, dass unser langjähriger Mitarbeiter und guter Freund Alexander Lutz den Kampf gegen seine schwere Erkrankung verloren hat.

Alexander Lutz verstarb am Mittwochabend im 41. Lebensjahr.



Wir verlieren mit Alex einen Kollegen und Freund, der Dank seiner geradlinigen, kollegialen und herzlichen Art bei allen besonders beliebt war. Er hat die SPÖ durch seinen Einsatz für sozialdemokratische und humanistische Werte außerordentlich unterstützt.

Unser Mitgefühl gilt vor allem seiner Familie und seinen Angehörigen.

Biographie: Alexander Lutz
Der 1971 geborene Vorarlberger Alexander Lutz begann Ende der 90er-Jahre in der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle im Bereich interne Kommunikation, war später in der Agentur „Ecker und Partner“ tätig und leitete von 2003 bis 2005 die Öffentlichkeitsarbeit der SPÖ Niederösterreich.

2005 bis 2007 war er Landesgeschäftsführer der SPÖ Vorarlberg, danach Pressesprecher im

Infrastrukturministerium. Im Wahlkampf 2008 wechselte Alex Lutz in die SPÖ-Bundesgeschäftsstelle, wo er in Folge Chefredakteur des SPÖ-Pressedienstes war. Zuletzt war er wieder in Vorarlberg beim Pensionistenverband als Landessekretär tätig.

SPÖ-Express, 20.01.2012

SPD Kreis BC MdB Martin Gerster

Viel Geld für Biberach:

Rund 1,1 Millionen mehr vom Land

Für den Ausbau der Kindertagesbetreuung für bis zu Dreijährige bekommt Biberach dieses Jahr gut 1,7 Millionen Euro

BIBERACH - Die Biberacher Kreisvorsitzende der sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK), **Gabriele Kübler**, freut sich über Folgen des Pakts für Familien mit Kindern, den die grün-rote Landesregierung jetzt mit den kommunalen Landesverbänden abgeschlossen hat: „Dadurch erhält die Stadt Biberach allein dieses Jahr für die Betreuung der unter Dreijährigen in Kindertageseinrichtungen fast drei mal mehr als die frühere schwarz-gelbe Landesregierung uns zustehen wollte, nämlich zusätzliche 1,074 Millionen Euro“, gab **Kübler** bekannt, die auch SPD-Fraktionsvorsitzende im Biberacher Gemeinderat ist.

Die alte schwarz-gelbe Regierung habe leider auch aus ideologischen Gründen bei der Kinderbetreuung sehr viel versäumt, erinnerte sie: „Auch dadurch wird nun sichtbar, dass meine Partei, die SPD, zusammen mit den Grünen hier im Land einen Politikwechsel eingeläutet hat.“ Außerdem bekomme 2012 der Tagesmütterverein im Landkreis Biberach 368.000 Euro mehr an Zuweisungen, als früher zugestanden worden sei. „Das ist allein für dieses Jahr mehr als eine Verdoppelung auf rund 600.000 Euro“, äußerte sich die Biberacher SGK-Kreisvorsitzende zufrieden. Mit den 1,735 Millionen Euro für die Kleinkindbetreuung in Biberach seien das 2012 insgesamt 2,33 Millionen. Daneben würden Biberach ab dem Kindergartenjahr 2012/13 für die Sprachförderung der Drei- bis

Sechsjährigen im Kindergarten zusätzlich 1,142 Millionen Euro vom Land zur Verfügung gestellt, ergänzte **Kübler**.

Mit ihrer Ankündigung sich für junge Familien und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einzusetzen mache die grün-rote Landesregierung hiermit Ernst: „Sie hält Wort und setzt die von der SPD versprochene Unterstützung junger Familien um“, erläuterte die Biberacher SPD-Gemeinderatsfraktionschefin. Biberach sei es nun möglich, mit der zusätzlichen Landesmillion die Kleinkindbetreuung bedarfsgerecht auszubauen. „Mit der Vereinbarung zwischen Land und Kommunen ist ein Schritt in Richtung größerer Kinder- und Familienfreundlichkeit getan“, so das Fazit von **Gabriele Kübler**.

07.01.2012

Wolfgang Heinzl
Öffentlichkeitsarbeit SPD-Ortsverein Biberach

Frühere Pläne von CDU/FDP gestoppt:

Notariat Ochsenhausen bleibt erhalten

OCHSENHAUSEN - Das Notariat Ochsenhausen bleibt erhalten. Das hat SPD-Justizminister Rainer Stickelberger dem Biberacher SPD-Bundestagsabgeordneten Martin Gerster und dem Ulmer Landtagsabgeordneten Martin Rivoir mitgeteilt. Justizminister Rainer Stickelberger stoppt damit die Pläne der früheren CDU/FDP-Landesregierung, im Rahmen einer Notariatsreform den Standort Ochsenhausen zu schließen.

„Wir freuen uns sehr, dass auf der aktuellen Liste der Notariatsstandorte Ochsenhausen wieder aufgeführt ist“, so die Abgeordneten Gerster und Rivoir. Die Entscheidung für Ochsenhausen als Notariatsstandort ist für Rivoir und Gerster ein wichtiges Signal für den ländlichen Raum. „Wer den ländlichen Raum stärken will, muss auch die Infrastruktur vor Ort sicherstellen“, so die beiden SPD-Abgeordneten.

Irritiert zeigten sich die beiden SPD-Abgeordneten über Versuche von CDU-Vertretern vor Ort, die geplante Streichung des Standorts Ochsenhausen der neuen Landesregierung anzulasten. Das Gegenteil sei richtig: „Dass Ochsenhausen überhaupt um das Notariat zittern musste, liegt allein an der früheren Landesregierung, die bekann-

termaßen von CDU und FDP getragen wurde“, so Gerster und Rivoir. „Hier zeigt sich ganz konkret, wie der Regierungswechsel und ein Übergang des Justizministeriums von FDP zur SPD zu mehr Bürgernähe und einer Stärkung unserer Region führen.“

Biberach, den 17.1.12

Wolfgang Heinzl,
Büroleiter Bürgerbüro Biberach

Schlechte Handynetabdeckung verschärft sich offenbar

MdB Gerster schreibt erneut an E-Plus-Geschäftsführer

BIBERACH – Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster hat sich jetzt gezwungen gesehen, zum zweiten Mal innerhalb von 18 Monaten an den Geschäftsführer des Mobilfunkunternehmens E-Plus, Thorsten Dirks, zu schreiben, weil Bürger sich bei ihm über starke Handyempfangsprobleme beschwert hatten: „In den vergangenen Wochen sind wie schon 2010 erneut zahlreiche Bürgerinnen und Bürger an mich herangetreten mit der Klage, dass ihr EPlus-Handy im Landkreis Biberach seit der zweiten Jahreshälfte 2011 unzureichend oder gar nicht funktioniert“, erklärte Gerster. Es sei offenbar zum Teil stunden-, ja tageweise nicht möglich, über das E-Plus-Netz zu telefonieren oder mobile Datendienste in Anspruch zu nehmen. Wörtlich schrieb der Abgeordnete an Geschäftsführer Dirks: „Ich bitte Sie darum erneut, mir über den Stand des Netzausbaus im Landkreis Biberach an der Reiß und die aktuellen Probleme Auskunft zu geben, da ich einigen Betroffenen zugesagt habe, mich nochmals mit der Bitte um Information an Sie zu wenden.“ Darüber hinaus möchte Gerster erfahren, wie E-Plus die sich in seinem Mobilfunknetz im Kreis Biberach kontinuierlich verschlechternde Situation ein für alle Mal einer befriedigenden Lösung zuzuführen gedenkt.

Die E-Plus-Geschäftsleitung hatte Gerster im Sommer 2010 geschrieben, die Fehlerursache habe bei den Richtfunkverbindungen für den Datentransport zwischen einzelnen Mobilfunkstandorten gelegen, wofür man Entlastungslösungen geschaffen habe. Außerdem habe E-Plus ein umfassendes Ausbauprogramm für das Datennetz gestartet, auch außerhalb der größeren Städte eine Versorgung mit schnellen Datenverbindungen gemäß EDGE-Standard

ermöglicht und verbessere die UMTS-Abdeckung und die Ausbaustufe HSPA.

„Leider hat das anscheinend die Probleme beim E-Plus-Empfang nicht beheben können“, schrieb MdB Gerster jetzt, „im Gegenteil, die Situation ist noch weitaus unbefriedigender als 2010, und man muss sich die Frage stellen, ob E-Plus möglicherweise mit den rasant wachsenden Datenvolumina nicht Schritt halten kann.“

**Biberach, den 19. Januar 2012 Wolfgang Heinzl,
Büroleiter Bürgerbüro Biberach**

Generalsekretärin der SPD Baden-Württemberg MdB Katja Mast kommt zur Jahreshauptversammlung der Biberacher Kreis-SPD

BIBERACH - **Katja Mast**, MdB, die neue Generalsekretärin der Landes-SPD, kommt zur öffentlichen Jahreshauptversammlung der Kreis-SPD. Wie ihr Biberacher Kollege und SPD-Kreisvorsitzende Martin Gerster mitteilte, wird sie Perspektiven und Herausforderungen für die SPD Baden-Württemberg darstellen unter dem Motto „Partei ergreifen für soziale Gerechtigkeit“ mit anschließender Diskussion. „Wir freuen uns auf diesen besonderen Gast am Montag, 13. Februar, um 20 Uhr in der Vereinsgaststätte der TG Biberach.“ MdB Gerster wird außerdem Bericht erstatten über die Arbeit des SPD-Kreisverbands im vergangenen Jahr. MdB Katja Mast nimmt zusammen mit Gerster noch weitere Termine in dessen Wahlkreis wahr, unter anderem besuchen beide die Oberlandglas AG in Bad Wurzach und treffen dort Geschäftsleitung und Betriebsrat.

**Biberach, 20. Januar 2012 Lisa Stahn
Beisitzerin im SPD-Kreisvorstand**

MdB Gerster organisiert zweites Schulforum:

MdL Klaus Käppeler erläutert Reformvorhaben

BURGRIEDEN – Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster organisiert zum zweiten Mal ein Schulforum. Es findet statt unter dem Titel „Chancen der Schulentwicklung durch die neue Landesregierung“ am Montag, 30. Januar, ab 18 Uhr im Bürgersaal im Rathaus Burgrieden. „Nachdem das erste

Forum Anfang Dezember in Biberach auf große Resonanz gestoßen ist, wollen wir Sie auch im neuen Jahr über die Zukunft der Schule informieren und mit Ihnen diskutieren“, kündigte Gerster an. Als Experte wird diesmal Klaus Käppeler, MdL, Gersters Gast sein. Er ist für die SPD-Landtagsfraktion im Ausschuss Schule, Jugend und Sport aktiv und zudem Schulleiter der Hohensteinschule im Landkreis Reutlingen.

Seit Mai ist die neue Landesregierung im Amt. Gerade im Bereich der Bildungs- und Schulpolitik strebt die grün-rote Koalition eine ganze Reihe wichtiger Innovationen an. Viele Eltern, Schüler und Pädagogen fragen sich: Welche Neuerungen stehen konkret an? Wie werden die Konzepte in die Praxis umgesetzt? Und wie können sich Pädagoginnen und Pädagogen optimal vorbereiten? Im Rahmen des „Forums Schulentwicklung“ bieten MdB Gerster und MdL Käppeler am 30. Januar Antworten auf diese Fragen.

Klaus Käppeler gibt an diesem Tag ab 18 Uhr im Bürgersaal des Rathauses Burgrieden einen Überblick über die Reformvorhaben des Kultusministeriums und die Rolle der Schulen und Schulträger bei deren Realisierung. Anschließend gibt es die Möglichkeit konkrete Fragen bezüglich der Umsetzungsmodalitäten vor Ort zu klären. Wir wollen Bildungsinteressierte, Schulleitungen, Lehrkräfte, Schüler und Elternvertreter aus allen Schularten, Schulträger und Verbändevertreter zusammenbringen, um ihre Erwartungen an die neue Schulpolitik der neuen Landesregierung zu erfahren und über die Chancen für unsere regionale Bildungslandschaft zu sprechen“, erläuterte Gerster.

**Biberach, den 20. Januar 2012 Wolfgang Heinzl,
Büroleiter Bürgerbüro Biberach**

SPD-Ortsverein macht Podiumsdiskussion zum Roten Bau

Bezirksdenkmalschutz- leiterin kommt

BIBERACH – Der SPD-Ortsverein versucht beim vom Abriss bedrohten Roten Bau zur Aufklärung beizutragen. Unter dem Titel „Roter Bau – ist Abriss die einzige Alternative?“ diskutiert am Mittwoch, 1. Februar, ab 18.30 Uhr im TG-Heim ein hochkarätig besetztes Podium, ob für die rund 150 Jahre alte ehemalige Außenstelle des Klosters Reute sinn-

volle Nutzungsmöglichkeiten existieren und somit das Baudenkmal beim Biberacher Bürgerheim vielleicht erhalten werden könnte.

Unter anderem wird die Referatsleiterin Denkmalpflege im Regierungspräsidium Tübingen, Beata Hertlein, mit auf dem Podium sitzen. „Damit nimmt erstmalig die Denkmalschutzchefin im Regierungsbezirk Südwürttemberg öffentlich Stellung zum Wert des Roten Baus“, erklärte der Biberacher SPD-Ortsvereinsvorsitzende Werner Drews. Außerdem haben bisher Thomas Jörger, Freier Architekt und BDB-Energieberater, sowie der Statikfachmann Prof. Dr. Martin Ernst für die Diskussion im Robert-Langer-Saal der Biberacher TG-Vereinsgaststätte in der Adenauerallee 11 zugesagt.

Weitere Teilnehmer sind angefragt. Auch eine Publikumsfragerunde ist vorgesehen. Der Eintritt zu dieser öffentlichen Veranstaltung am 1.2. um 18.30 Uhr ist frei.

21.01.2012 **Wolfgang Heinzel,**
Öffentlichkeitsarbeit SPD-Ortsverein Biberach

Podiumsdiskussion:

„Biberacher Kinopreise“

24.01.2012

Offener Meinungs-austausch mit dem Traumpalast kommt gut an

BIBERACH – Am vergangenen Dienstag, den 24. Januar 2012 fand die von den Biberacher Kreis-Jusos organisierte Podiumsdiskussion über die veränderten Eintrittspreise im Biberacher Kino „Traumpalast“ statt. Rund 70 Teilnehmer, überwiegend Jugendliche, diskutierten zusammen mit dem Kinoleiter Andreas Baumann, dem Jugendparlamentarier Emre Atmaca und dem Juso-Kreisvorsitzenden Stefan Gretzinger über die neuen Preise des Kinos. Nach dieser Preisänderung des „Traumpalasts“ vom 1. Dezember 2011 vermissen die Biberacher Kreis-Jusos eine gewisse Willkommenskultur gegenüber den jugendlichen Kinobesuchern. Mit der Podiumsdiskussion konnten die Jusos die veränderten Kinopreise leider nicht rückgängig machen, jedoch sagte Herr Baumann, er sei bereit über konkrete Vorschläge zu diskutieren.

Basierend auf dieser Ausgangslage findet in Kürze eine Sitzung statt, auf welcher die Kreis-Jusos mit den Jugendlichen Vorschläge für jugendfreundlichere Kinopreise ausarbeiten wollen. Außerdem werden die Kreis-Jusos auf

ihrer nächsten Sitzung über zwei Anträge mit den Themen: Kampf gegen die Internetpiraterie und das Kino als Kulturgut diskutieren, die beim Landesverband eingereicht werden sollen.

Mit freundlichen Grüßen

Biberach, 27. Januar 2012

Stefan Gretzinger, Kreisvorsitzender
Die Kreis-Jusos Biberach

SPD Kreis Konstanz **MdL Hans-Peter Storz**

"Konzern schadet sich selbst"



Hans-Peter Storz ist entsetzt über die Jobvernichtung bei Takeda-Nycomed in Konstanz. „Nicht das Kapital, sondern die Arbeitnehmer schaffen Werte. Es ist unanständig, wenn ein gut verdienendes Unternehmen massenhaft Arbeitsplätze vernichtet,“ erklärte er zur Entscheidung des Takeda-Konzerns, in Konstanz ca. 700 Arbeitsplätze zu streichen.

„Forschung und Entwicklung sind die Basis unseres wirtschaftlichen Erfolgs. Wer diese Abteilungen auflöst, schadet nicht nur den Mitarbeitern, sondern dem Unternehmen selbst.“ Die Sozialdemokraten unterstützen die Belegschaft, Betriebsrat und Gewerkschaft in ihrem Kampf für die Arbeitsplätze und in den Verhandlungen über einen Sozialplan, erklärte **Storz**, der wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion ist. Der japanische Takeda-Konzern hatte Nycomed letztes Jahr für 9,6 Milliarden Euro gekauft. 2100 Menschen verlieren durch den Zusammenschluss ihre Arbeit in Deutschland. Hauptbetroffen ist der Standort Konstanz. Die Produktion in Singen bleibt in vollem Umfang erhalten. Bislang.

[See-Online.info: Konstanzer Nycomed-Mitarbeiter enttäuscht und empört](#)

18.01.2012

Büro H.-P. Storz, MdL

SPD Kreis Ravensburg

In Oberschwaben gründet sich eine Gruppe „Christen und SPD“

Ausgangspunkt: Immer wieder wird das Verhältnis zwischen der SPD und den christlichen Kirchen diskutiert, mit unterschiedlichen Akzenten. Oberschwaben ist nach wie vor eine Gegend, die stark christlich geprägt ist und im Vergleich zu anderen Teilen unseres Landes die Mehrzahl der Menschen in den christlichen Kirchen beheimatet sind, wenn auch mit abnehmender Tendenz. Zugleich lässt sich folgender Trend nicht leugnen:

Die Partei mit dem C in ihrem Namen verliert seit längerer Zeit kontinuierlich Anhängerschaft unter den Christen. Gleichzeitig konnte die SPD hier bisher kaum davon profitieren.

In den letzten Monaten haben sich einige engagierte SPD-Mitglieder, die zugleich aktive Mitglieder in der evangelischen und katholischen Kirche sind, getroffen. Lange Jahrzehnte wurde auf beiden Seiten das Trennende, scheinbar Unvereinbare zwischen Kirche und SPD hervorgehoben. Trotzdem gab es immer schon profilierte SPD-Politiker, die zugleich engagierte Mitglieder besonders in der evangelischen Kirche waren. Sie hatten es schwer, in der Partei wie in ihrer Kirche (besonders schwer hatten es die wenigen Katholiken, wenn sie sich zur SPD bekannten). Das hat sich glücklicherweise geändert, wenngleich laute Stimmen heute für eine strikte Trennung von Kirche und Staat votieren.

Die SPD hat auf ihrem jüngsten Bundesparteitag vor den Beratungen zu einem ökumenischen Gottesdienst eingeladen. Die Parteiführung pflegt regelmäßige Kontakte zu den Kirchen. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse ist Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken und Gründungsmitglied von Christen in der SPD in Berlin. Es gibt Gemeinsamkeiten: Soziale Gerechtigkeit, der Grundpfeiler der SPD seit ihrer Gründung, spiegelt sich in den biblisch-theologischen Aussagen der beiden Kirchen wieder. Sowohl die katholische Soziallehre wie die evangelische Sozialethik tragen diese Handschrift in allen ihren Verlautbarungen.

Die Gründungsmitglieder der Gruppe „Christen und SPD“ laden heute schon ein zu einer ersten öffentlichen Veranstaltung.

Termin:

**Donnerstag, 25. Oktober 2012
um 19.30 Uhr**

Ort:

**Café im Heilig-Geist-Spital,
Ravensburg, Bachstraße 57**

SPD und christliche Kirchen – was verbindet, was trennt sie?

In einem Streitgespräch werden zwei namhafte Vertreter von Kirche und SPD aufeinander treffen: **Ingo Rust**, Staatssekretär im Finanzministerium in Stuttgart und aktives Mitglied der evangelischen Kirche. Bis zu seiner Berufung als Staatssekretär war Ingo Rust Kontaktperson der SPD Landtagsfraktion zu den Kirchen.

Pfarrer **Paul Schobel**, langjähriger Betriebsseelsorger der Diözese Rottenburg-Stuttgart, engagiertes Gewerkschaftsmitglied und in der Gruppe Christen in der SPD in Stuttgart. Schobel hat mehrfach als Fließbandarbeiter in verschiedenen Unternehmen (u. a. bei Daimler) hautnah miterlebt, wo Menschen am Arbeitsplatz der Schuh drückt.

Oberschwaben, die SPD wie die christlichen Kirchen können von einem engeren Dialog nur profitieren.

Im Herbst wird zu dieser Veranstaltung nochmals eingeladen. Wir bitten Euch aber jetzt schon, diesen Termin vorzumerken und in den Ortsvereinen, am Arbeitsplatz und im privaten Umfeld bekannt zu machen.

23.12.2011

Hans-Dieter Schäfer

SPD Kreis Ulm MdB Hilde Mattheis

Jahreswechsel 2011/2012

Liebe Genossinnen und Genossen,

auch dieses Jahr möchte ich am Ende des Jahres die Gelegenheit ergreifen, euch einen kurzen Überblick über meine Arbeit zu geben. Und vor allem euch für eure Begleitung und

Unterstützung zu danken. Ich danke stellvertretend für die beiden Kreisvorstände herzlich **Heidi Ankner** und auch **Martin Rivoir**.

Ich freue mich, dass ich dieses Jahr als stellvertretende Landesvorsitzende wieder bestätigt worden und trotz Verkleinerung des Bundesvorstandes auch wieder als Beisitzerin in dieses Gremium gewählt worden bin. Außerdem ist die Wahl zur Sprecherin des Forums DL 21 eine Bestätigung für mich, in den letzten Jahren die Positionen vertreten zu haben, die jetzt wieder mitten in der Partei angekommen sind. Ich bedanke mich für die vielen Glückwünsche, die ich von euch erhalten habe. Unser gemeinsames Ziel ist die Bundestagswahl 2013. Hierauf ist auch meine Arbeit in der Bundestagsfraktion ausgerichtet.

AG Gesundheit

Die Regierung hat 2011 in der Gesundheitspolitik bewiesen: Gut gemeint ist noch lange nicht gut gemacht. Das von der Regierung verabschiedete „Versorgungsstrukturgesetz“ ist für eine bessere ärztliche Versorgung des ländlichen Raums wirkungslos, das von Gesundheitsminister Daniel Bahr 2011 ausgerufenen „Jahr der Pflege“ ist so gut wie ohne Ergebnisse geblieben und auf eingetretene Krisen wie die Schließung der City-BKK wurde von Seiten der Regierung nicht reagiert. Umso wichtiger ist, dass wir uns als SPD in der Gesundheitspolitik für einen möglichen Regierungswechsel 2013 gut aufstellen. Drei meiner politischen Schwerpunkte im Gesundheitsbereich aus dem letzten Jahr möchte ich Euch kurz darlegen:

- **Pflegepolitik braucht einen ganzheitlichen Ansatz**

Gleich im Januar 2011 habe ich begonnen, bei mir im Deutschen Bundestag mit Expertinnen und Experten aus Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Krankenkassen intensiv über das Thema Pflege zu diskutieren. Auf Grundlage dieser zahlreichen Fachgespräche habe ich ein „Orientierungspapier Pflege“ entwickelt, das am 5. Juli 2011 von der SPD-Fraktion beschlossen wurde. Das Orientierungspapier beinhaltet umfassende Vorschläge Pflegebedürftige besser zu unterstützen und ihnen eine möglichst große Teilhabe zu ermöglichen. Als SPD möchten wir darüber hinaus pflegende Angehörige stärker entlasten, die Arbeitsbedingungen für Pflegefachkräfte verbessern, in den Kommunen die Pflegeinfra-

struktur voran treiben und die Rehabilitation und Prävention im Gesundheitswesen stärken.

Wir wollen zudem eine Bürgerversicherung Pflege einführen, damit diese Leistungsverbesserungen gerecht finanziert werden können. Das Orientierungspapier wurde in einer großen Fachkonferenz der SPD-Fraktion zur Pflege am 29. September 2011 im Deutschen Bundestag vorgestellt. Der Diskussionsprozess zur Pflege ist jedoch noch nicht abgeschlossen. In zahlreichen „Fraktion vor Ort“ Veranstaltungen bin ich im ganzen Land zum Thema Pflege unterwegs. Von Hamburg über Thüringen, von Bayern bis Baden-Württemberg. Überall stößt das Thema auf reges Interesse. Die in den Veranstaltungen geäußerten Anregungen nehme ich auf, damit zu Beginn des Jahres 2012 ein abschließendes Papier zum Thema Pflege beschlossen werden kann.

- **Die SPD hat ein Bürgerversicherungskonzept beschlossen**

In diesem Jahr hat die Parteispitze unter dem Titel: „Solidarische Gesundheitspolitik für alle Bürgerinnen und Bürger“ ein Konzept für eine Bürgerversicherung vorgelegt. Das Konzept unterscheidet sich in wesentlichen Punkten von früheren Beschlüssen der Partei und lässt viele Fragen offen. Deshalb habe ich mich in der AG Gesundheit, im Parteivorstand und auch auf dem Bundesparteitag dafür stark gemacht, dieses Konzept der Bürgerversicherung zu überarbeiten. Hierbei habe ich mich insbesondere für die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze, die Heranziehung aller Einkommensarten, die Klärung der zukünftigen Rolle der privaten Krankenversicherung, einheitliche Kassenbeiträge sowie die Umsetzung paritätischer Beitragssätze eingesetzt. Auch nach dem Parteitagsbeschluss wird es in der Bürgerversicherung weiteren Diskussionsbedarf in unserer Partei geben.

- **Die Psychotherapeutenausbildung muss reformiert werden**

Als stellvertretende Sprecherin der AG-Gesundheit bin ich auch für den Bereich Psychiatrie zuständig und stehe im regelmäßigen Austausch mit den Verbänden. Am 10. November 2011 habe ich ein großes Fachgespräch organisiert, um mit unterschiedlichen Vertreterinnen und Vertretern das Thema Psychotherapeutenausbildung zu diskutieren. Die Diskussion ergab, dass ein dringender Handlungsbedarf bei den Ausbildungsinhalten und der Finanzierung der Ausbildung besteht. Auf die-

ses erste Fachgespräch werden 2012 weitere Runden folgen. Auch für den Bereich Psychotherapeutenausbildung möchte ich auf Grundlage dieser Gespräche 2012 ein eigenes Papier für die Fraktion vorlegen.

AG Verteilungsgerechtigkeit Die Armuts- und Reichtumsberichterstattung ist Grundlage für sozial gerechte Politik

Die AG Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration, deren Sprecherin ich bin, konzentriert sich im Wesentlichen auf die Themen der Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung, die als Grundlage für die Ausgestaltung einer sozial gerechten Politik dienen soll. Zur „Vorbereitung des 4. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung in der 17. Wahlperiode“ hat unsere Arbeitsgruppe einen Antragsentwurf „Armuts- und Reichtumsberichterstattung weiterentwickeln“ vorgelegt. Gleich zu Beginn des Jahres (Ende Januar 2011) wurde er von der SPD-Bundestagsfraktion zur Beratung ins Plenum des Deutschen Bundestags eingebracht.

In einer Anhörung (Dezember 2011) u. a. zu diesem Antrag wurden unsere zentralen Forderungen an eine grundlegende Verbesserung der Berichterstattung bestätigt - was vor allem die Datenlage und den Reichtumsteil betrifft.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Aktualität der Berichterstattung in dieser Hinsicht von besonderer Relevanz. Die Ursachen und Auswirkungen der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft müssen sich in den Analysen des 4. Armuts- und Reichtumsberichts niederschlagen. Reichtum und seine Entstehungsfaktoren müssen einbezogen sowie vererbtes und vererbtetes Vermögen abgebildet werden. Ausserdem muss dargestellt werden, dass Vermögen mit Aufstiegschancen und dem Wahrnehmen von Bildungsangeboten verknüpft ist.

Die Bundesregierung wird voraussichtlich im Sommer den 4. Bericht zu Armut und Reichtum vorlegen. Wir werden dessen Darstellung der sozialen Lebenslagen und Analyse mit kritischer Aufmerksamkeit begleiten. Vor allem aber werden wir die Rückschlüsse und die daraus folgenden Handlungsmaßnahmen - etwa zur Bekämpfung von Kinderarmut - auf den Prüfstand stellen. Wir fordern nachprüfbar quantitative und qualitative Ziele zur Verbesserung der sozialen Lage. Wir werden

solche unabhängig zum Bericht der Bundesregierung für den nötigen Regierungswechsel 2013 sorgfältig ausarbeiten.

In Begleitung der Armuts- und Reichtumsberichterstattung und in Vorbereitung des SPD-Bundesparteitags 2011 hat die Arbeitsgruppe zu „Wege aus der Kinderarmut“ und zu „Reformvorschläge zur Steuer- und Abgabepolitik - verteilungspolitische Auswirkungen“ jeweils ein intensiv vorbereitetes Fachgespräch durchgeführt und entsprechende Schlussfolgerungen erarbeitet, die auch auf der Webseite der SPD-Fraktion unter der Rubrik „AG Verteilungsgerechtigkeit“ nachzulesen sind.

Weitere wichtige Themen der AG Verteilungsgerechtigkeit waren „Altersarmut von Frauen“, „Alterssicherung – Stand und Perspektive, Rentenformel und politische Bewertung“, die „Bürgerversicherung“, „Bekämpfung der Steuerhinterziehung“, die steuerpolitischen Folgen des „Steuerabkommens mit der Schweiz“, das „Neue Kindergeld“, „Wohnen. Energie. Armut“ sowie die „Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung“.

Aktivitäten im Wahlkreisbüro

Ansprechbar für Bürgerinnen und Bürger zu sein ist wichtige Aufgabe des Ulmer Abgeordnetenbüros. Neben zahlreichen Bürgeranfragen die per Post oder E-Mail im Büro eingehen, kommen viele Bürgerinnen und Bürger persönlich im Büro vorbei. Daneben wurden im Jahr 2011 wieder viele Veranstaltungen angeboten sowie Organisationen und Firmen besucht. Es fanden in den letzten Wochen u. a. Veranstaltungen zu folgenden Themen statt:

demografischer Wandel, das Steuerkonzept der SPD, die Pflegereform und die Vorratsdatenspeicherung. Wir konnten Gäste wie Franz Müntefering begrüßen, aber auch VertreterInnen von z.B. den Gewerkschaften. Bei Firmenbesuchen oder auch bei Bürgermeisterbesuchen wurde ich von vielen von euch begleitet, herzlichen Dank auch dafür.

Und auch die Koordination der Berlinfahrten wird im Wahlkreisbüro erledigt. Viele von euch waren dieses Jahr wieder mit dabei. Die Fahrten dienen der politischen Bildung und es wird jeweils 50 interessierten Personen aus dem Wahlkreis / Betreuungswahlkreis eine Teilnahme ermöglicht. Des Weiteren gibt es Zuschüsse für Schulklassen die nach Berlin reisen. Auch die Zuteilung der Zuschüsse fällt in den Aufgabenbereich des Wahlkreisbüros.

Und auch Besuche des Bundestags werden vom Wahlkreisbüro organisiert. Alles das dient dazu, Bürgerinnen und Bürgern und auch Genossinnen und Genossen Einblick in die Arbeit des Bundestages zu geben.

Und ich freue mich auf viele gemeinsame Aktivitäten und Veranstaltungen im nächsten Jahr!

Ich wünsche euch und euren Familien schöne Feiertage und für das Jahr 2012 alles Gute!

Eure



Hilde Mattheis

21.12.2011

AG Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration:

Armes Deutschland - Sozialstaat ade?

Zum Armutsbericht 2011 des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes erklärt die Sprecherin der Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration der SPD-Bundestagsfraktion Hilde Mattheis:

Besorgnis erregend neu am Befund des paritätischen Armutsberichtes 2011 ist: Armut schrumpft nicht, wenn die Wirtschaft wächst. Selbst starke konjunkturelle Ausschläge scheinen so gut wie keinen Einfluss mehr auf die Armutsentwicklung zu haben: Armut hat sich soweit verfestigt, dass sie das Bild von Deutschland zu prägen beginnt.

Damit ist eine weitere und diesmal unübersehbare Schwelle erreicht, bei der alle Alarmglocken des Sozialstaats klingeln müssen.

Doch das Gegenteil ist der Fall: Wie wir wissen, hat die Bundesregierung stets an der Armutsschraube nach unten gedreht, nicht nur mit dem Sparpaket des Haushaltes 2010, mit der Streichung des Mindestelterngeldes für arbeitslose Eltern Ende 2010, mit der Trickserie bei der Berechnung der Hartz-IV-Regelsätze zu Beginn von 2011, sondern auch aktuell etwa mit den Kürzungen des Unterhaltsvorschlusses für Kinder von Alleinerziehenden, wenn Kinder vom barunterhaltspflichtigen Elternteil keinen Unterhalt erhalten.

Mit den Fakten des paritätischen Armutsberichts wird unsere Diagnose bestätigt: Die Spaltung Deutschland vertieft sich auch in der Finanzmarktkrise durch die unsoziale Regierungspolitik. Damit werden vor allem an den Rändern der Gesellschaft die extremen Veränderungen der vergangenen Jahre noch verstärkt: Die untersten zehn Prozent der Bevölkerung haben deutliche Einbußen zu verkraften und die obersten zehn Prozent haben deutliche Zugewinne, wobei sie sich an der Spitze der Reichtumsleiter, bei den reichsten ein Prozent enorm gesteigert haben.

Zu Recht wird eine stärkere Besteuerung von großen Erbschaften, Vermögen sowie hohen Einkommen zur Finanzierung der Armutsbekämpfung gefordert. Vergebens jedoch ist die Forderung, "zur Finanzierung dieser Reformen dürfe die Regierung nicht länger vor der Verteilungsfrage zurückschrecken". Mit dieser Regierung wird es keine "armutspolitische Kehrtwende" geben.

Solange die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes und anderer armutsreduzierender Maßnahmen eher behindert und Lohndumper weiterhin gefördert werden, wird sich an dem erschreckendsten Befund des Berichtes nichts ändern: In manchen Gegenden steigt die Armutsgefährdung selbst dann noch, wenn die Zahl der Hartz-IV-Empfänger sinkt. Armes Deutschland!

Diese Bundesregierung scheint willens, den Auftrag des Grundgesetzes ("Die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.") zu missachten.

22.12.11

Hilde Mattheis, MdB

Presse: www.spdfraktion.de

Hilde Mattheis MdB besucht ulrich medical

Die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis besuchte am Montag, dem 09. Januar 2012, das Unternehmen ulrich medical. Der geschäftsführende Gesellschafter Christoph Ulrich sowie der Geschäftsführer Klaus Kiesel informierten über das Unternehmen und die Produkte.

„Es ist wirklich beeindruckend mit welcher Innovationsfähigkeit hier Produkte entwickelt werden und dies mit solch einer Kontinuität“, betonte Hilde Mattheis und spielt auf das lange Bestehen des Ulmer Traditionsunternehmens

an, dass dieses Jahr sein 100-jähriges Bestehen feiern wird. Das im Jahr 1912 gegründete Unternehmen produzierte anfangs chirurgische Instrumente und entwickelte sich zu einem Anbieter von hochspezialisierten medizintechnischen Produkten, die international vertrieben werden. Mittlerweile sind bei ulrich medical über 260 Mitarbeiter beschäftigt.

In dem Gespräch wurden auch gesamtgesellschaftliche Entwicklungen thematisiert, die auf das Unternehmen Einfluss nehmen. Von hoher Bedeutung ist hierbei die Euro- und Finanzkrise. Da das Unternehmen einen Großteil des Umsatzes im europäischen Binnenmarkt erzielt, ist die Stabilität des Euros für das Unternehmen und somit für Arbeitsplätze in der Region von großer Bedeutung. Hilde Mattheis betonte in diesem Zusammenhang: „Es ist wichtig, im Zuge der durch die Krise bedingten Sparprogramme, die Gesundheitssysteme nicht ausbluten zu lassen, denn dies schlägt auch auf die Gesundheitswirtschaft zurück“.

Ein weiteres Thema von großer Relevanz ist die Gewinnung von Fachkräften. Es fällt ulrich medical immer schwerer Stellen zu besetzen. Trotz einer hohen Ausbildungsquote von 10 Prozent kann der steigende Bedarf an qualifizierten Mitarbeitern nur schwer gedeckt werden. Daher bestehen auch Kooperationen mit der Universität sowie der Hochschule Ulm, aber auch in zunehmendem Maße mit Schulen. „Die Vernetzung der Akteure ist von zentraler Bedeutung, damit unserer Region auch weiterhin einen Spitzenplatz einnehmen kann“, so Hilde Mattheis.

Ulm, den 10.01.2012 Büro Hilde Mattheis, MdB

Familie Schlecker muss ihrer Verantwortung nachkommen!

Solidarität mit den Beschäftigten bei Schlecker

Mit der Insolvenz von Schlecker droht tausenden von Beschäftigten die Arbeitslosigkeit. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen in dieser schwierigen Situation solidarisch an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und unterstützen sie politisch im Kampf um ihre Arbeitsplätze.

Die Familie Schlecker verdankt ihr milliardenreiches Vermögen in erster Linie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ihrer Drogeriekette und wurde so zu einer der reichsten Familien Deutschlands. Die Beschäftigten waren es, die trotz größtenteils schlechtester Arbeitsbedingungen durch ihren Einsatz dafür gesorgt haben, dass Schlecker zur größten Drogeriemarktkette in Deutschland wurde. Die auf Billiglöhne setzende Strategie des Unternehmens ist aber heute offensichtlich nicht mehr tragfähig und mit Ursache für die aktuellen finanziellen Probleme.

Nun ist es die Verantwortung und die Verpflichtung der Familie Schlecker, alles für den Erhalt der Arbeitsplätze und die Zukunft des Unternehmens zu tun. Die Folgen der Insolvenz dürfen nicht auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Sozialkassen abgewälzt werden. Wir erwarten von der Familie Schlecker, dass sie auch ihr privates Vermögen einsetzt, um die Arbeitsplätze zu sichern und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine berufliche Zukunft zu ermöglichen

Unterzeichner/innen:

Hilde Mattheis, MdB

SPD-Bundestagsabgeordnete im Wahlkreis Ulm/Alb-Donau

Klara Dorner

SPD-Ortsvereinsvorsitzende Ehingen

Georg Mangold

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Gemeinderat Ehingen

Lindenberg:

(Leo Wiedemann)

Neues zum Sozialistenhut 2012

Dr. Ulrich Maly ist der Sozialistenhutträger 2012



Quelle: Leo Wiedemann

Mail-Informationsdienst der SPD-Bundestagsfraktion Freitag, 27. Januar 2012

Frank-Walter Steinmeier "Mein Standpunkt":

- Wir brauchen eine Wachstumsstrategie für Europa

Die Themen:

- Steinmeier: "Kooperationsverbot ist Blödsinn"
- Positionspapier zur sozialdemokratischen Industriepolitik
- SPD-Bundestagsfraktion kritisiert Niebels Vetternwirtschaft
- Zweites Finanzmarktstabilisierungsgesetz der Koalition springt zu kurz
- Bundeswehreininsatz in Afghanistan verlängert
- SPD gestaltet erstmals Antrag in Leichter Sprache - Kultur für alle
- Siegmund Ehrmann: "Kultur und Medien für Schwarz-Gelb unwichtig"
- SPD-Fraktion fordert nationale Digitalisierungsstrategie
- SPD-Fraktion will Spekulation mit agrarischen Rohstoffen verhindern
- Fraktionsbeschluss zur Endlagersuche für Atommüll
- Ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft stärken
- SPD will klare Regeln für Intensivtierhaltung

Pressestatement Frank-Walter Steinmeier:

- Steinmeier kritisiert Cliquenwirtschaft von FDP-Minister Niebel

Interview Frank-Walter Steinmeier:

- "Kooperationsverbot in der Bildung war ein Fehler"

Video/Foto:

- Steinmeier: "Das Kooperationsverbot ist Blödsinn"
- Steinmeier kritisiert Cliquenwirtschaft von FDP-Minister Niebel
- Zukunftsdialog "Gleichstellung"

Frank-Walter Steinmeier "Mein Standpunkt"

Wir brauchen eine Wachstumsstrategie für Europa

Die Bundesregierung muss sich bewegen. Wir brauchen eine Wachstumsstrategie für Europa, von der Deutschland ganz besonders profitieren würde. Wir brauchen ein Programm der industriellen Erneuerung, das Europa als Produktionsstandort und Ausrüster für ein nachhaltiges Wohlstandsmodell positioniert. Und wir brauchen die Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte, um Investitionen zu finanzieren und einen Richtungswechsel zur Realwirtschaft einzuleiten.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,59898,00.html

Die Themen

BILDUNG UND FORSCHUNG

Steinmeier: "Kooperationsverbot ist Blödsinn" - SPD-Fraktion will mehr Zusammenarbeit für bessere Bildung

Die SPD-Fraktion will das Grundgesetz ändern, um bessere Bildung durch mehr Kooperation von Bund und Ländern möglich zu machen. "Mehr Bildung geht nicht mit weniger Zusammenarbeit", sagte SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier im Bundestag. Deshalb müsse das so genannte Kooperationsverbot in der Verfassung beseitigt werden.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,59955,00.html

WIRTSCHAFT UND TECHNOLOGIE

Positionspapier zur sozialdemokratischen Industriepolitik - Industrie wieder ins Zentrum von Wirtschaftspolitik stellen

Die SPD-Fraktion hat am Dienstag ein Positionspapier zur sozialdemokratischen Industriepolitik beschlossen. Es soll dazu beitragen, den Diskurs über die notwendige Modernisierung der Industrie voranzubringen. Deutschland muss durch eine zukunftsorientierte Industriepolitik wieder besser regiert werden: Ein industriepolitisches "Weiter so" - wie es die Bundesregierung in ihrem Ende 2010 vorgestellten Konzept zur Industriepolitik präsentiert hat - wird den Herausforderungen nicht gerecht. Mehr

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,58795,00.html

WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG

SPD-Bundestagsfraktion kritisiert Niebels Vetternwirtschaft - Ministerium darf nicht zum Versorgungswerk für die FDP verkommen

Der Deutsche Bundestag hat am Mittwoch in einer Aktuellen Stunde die umstrittene Personalpolitik von Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) thematisiert. Dieser vergrößere seit Monaten das Entwicklungsministerium, um FDP-Mitglieder mit Posten zu versorgen, so der Vorwurf. "Das Maß ist voll. Wir lassen nicht zu, dass das Ministerium zu einem Versorgungswerk für die FDP verkommt", sagte Sascha Raabe, entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,59932,00.html

FINANZEN/STEUERN

Zweites Finanzmarktstabilisierungsgesetz der Koalition springt zu kurz - Kosten werden weiter beim Steuerzahler landen

In wenigen Tagen hat Schwarz-Gelb in der abgelaufenen Woche mit seiner Mehrheit das Zweite Finanzmarktstabilisierungsgesetz durch den Deutschen Bundestag gedrückt - eine Eile, die zumindest von der Sache her nicht gerechtfertigt war.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,59960,00.html

AUSSENPOLITIK

Bundeswehreininsatz in Afghanistan verlängert - Truppenreduzierung beginnt 2012

Die SPD-Abgeordneten haben mehrheitlich der Verlängerung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan zugestimmt. Der Mandatsantrag der Bundesregierung entspricht mit der in diesem Jahr beginnenden Truppenreduzierung von 5.350 auf 4.900 und schließlich 4.400 Soldaten und dem endgültigen Abzug der Kampftruppen Ende 2014 den Forderungen der Sozialdemokraten. Allerdings braucht Afghanistan auch danach noch internationale Unterstützung in besonderem Masse.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,59578,00.html

KULTUR UND MEDIEN

SPD gestaltet erstmals Antrag in Leichter Sprache - Kultur für alle: Gleichberechtigter Zugang von Behinderten zu Kultur, Information und Kommunikation

Die SPD-Fraktion hat ihren Antrag in Leichte Sprache übersetzen lassen, damit ihn möglichst alle verstehen können - besonders diejenigen, für die der Antrag Verbesserungen bringen soll. Dazu zählen auch Menschen mit Lern- oder Konzentrationsschwierigkeiten, mit Altersdemenz oder Menschen, die die deutsche Sprache erst erlernen. Vergleichen Sie hier Original und Übersetzung.

Mehr

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,59948,00.html

Siegmond Ehrmann: "Kultur und Medien für Schwarz-Gelb unwichtig" - Bilanz und Ausblick zur Kultur- und Medienpolitik des Bundes

Egal, ob es um die Kulturförderung, den Film, die Künstlersozialversicherung oder die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik geht: Die Bundesregierung ignoriert, verschiebt oder zerredet kultur- und medienpolitische Vorhaben. Siegmund Ehrmann analysiert die Haltung der Koalition und beschreibt konkrete Alternativen der SPD-Bundestagsfraktion, Stichwort Kreativpakt.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,59886,00.html

SPD-Fraktion fordert nationale Digitalisierungsstrategie - Abgeordnete besuchen Digitalisierungszentrum der Staatsbibliothek zu Berlin

Bücher elektronisch verfügbar zu machen ist zwar kompliziert, bietet aus Sicht der SPD-Fraktion aber einmalige Chancen im Umgang mit Kulturgütern. Denn das gewährleistet den breiten Zugang zu verschiedensten kulturellen Werken. Eine nationale Strategie zur Digitalisierung soll festlegen, nach welchen Standards, Prioritäten und mit welchen Ressourcen die Kultureinrichtungen auf Bundes- und Länderebene Kulturgüter digitalisieren. Dazu hat die Fraktion einen Antrag formuliert.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,59899,00.html

WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG

SPD-Fraktion will Spekulation mit agrarischen Rohstoffen verhindern - Handel mit Agrarrohstoffen soll über Börsen abgewickelt werden

Sowohl die Landwirte als auch die Händler können sich immer weniger auf die Wareterminbörsen verlassen, um den richtigen Zeitpunkt für den Verkauf bzw. Kauf der Agrarprodukte zu bestimmen. Spekulationen verstärken die Preisschwankungen auf dem Weltmarkt und hemmen im Ergebnis Investitionen in die Zukunft.

Mehr

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,59952,00.html

UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT

Fraktionsbeschluss zur Endlagersuche für Atommüll - Mit mehr Sicherheit und Mitsprache ein bestmögliches Ergebnis erreichen

Die SPD-Bundestagsfraktion hat ein Konzept für die Suche nach einem Atommüll-Endlager beschlossen. Das Papier stellt ein gänzlich neues Verfahren für die Standortsuche vor.

Mehr ...

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,59655,00.html

ERNAEHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft stärken - Rahmenbedingungen dauerhaft verbessern

Immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher setzen auf eine gesunde und möglichst schadstofffreie Ernährung. Die SPD-Bundestagsfraktion will die Rahmenbedingungen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene so verbessern, dass die Potenziale des Ökolandbaus und der ökologischen Lebensmittelwirtschaft weiter ausgebaut und die gesellschaftlichen Leistungen der Biolandwirte honoriert werden.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,59841,00.html

SPD will klare Regeln für Intensivtierhaltung - Tierschutzstandards anheben - Umwelt schützen

Die SPD-Bundestagsfraktion will die Intensivtierhaltung nicht nur wegen der Akzeptanzprobleme der Bevölkerung, sondern aus Tierschutzgründen auf den Prüfstand stellen. Die Tierschutzstandards sollen angehoben und Umweltgesetze, die Böden, Grundwasser und Luft schützen, angepasst werden. Die Kommunen sollen durch eine Präzisierung im Baugesetzbuch und durch Regelungen im Bauplanungsrecht Möglichkeiten zur Steuerung und zum Ausschluss von Intensivtierhaltungsanlagen erhalten.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,59964,00.html

Pressestatement Frank-Walter Steinmeier

Steinmeier kritisiert Cliquenwirtschaft von FDP-Minister Niebel - Pressestatement von Frank-Walter Steinmeier am 24.01.2012

Frank-Walter Steinmeier hat die Personalpolitik von Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel (FDP) scharf kritisiert. Pressemeldungen, wonach offenbar 180 neue Stellen im Ministerium mit Parteifreunden der FDP besetzt werden sollen, bezeichnete Steinmeier als empörend. Vor seinem Amtsantritt hatte Niebel noch die Abschaffung des Bundesministeriums für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit gefordert.

Mehr:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,59907,00.html

Interview Frank-Walter Steinmeier

"Kooperationsverbot in der Bildung war ein Fehler" - Frank-Walter Steinmeier im Interview mit den Lübecker Nachrichten

"Bildung wird Aufgabe der Länder bleiben, der Bund ist nicht der bessere Bildungspolitiker", sagt Frank-Walter Steinmeier im Gespräch mit den Lübecker Nachrichten. "Aber das Verbot jeglicher Form der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern ist doch Unsinn. Darüber schütteln Millionen von Eltern den Kopf."

Interview lesen ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,59941,00.html

Video/Foto

Steinmeier: "Das Kooperationsverbot ist Blödsinn"

Video ansehen: ...:

http://www.youtube.com/watch?v=DLZtPJZixK4&feature=channel_video_title

Steinmeier kritisiert Cliquenwirtschaft von FDP-Minister Niebel

Video ansehen:

http://www.youtube.com/watch?v=ASN-0pBOgfk&feature=channel_video_title

Zukunftsdialog "Gleichstellung"

Fotos ansehen ...:

<http://www.flickr.com/photos/spdbundestagsfraktion/sets/72157628997886437/>

Mit freundlichen Grüßen

webteam@spdfraktion.de

www.spdfraktion.de

- Informationen über die SPD-Bundestagsabgeordneten:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,1910,00.html

- Der Fraktionsvorsitzende Dr. Frank-Walter Steinmeier:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,3942,00.html

- Veröffentlichungen der SPD-Bundestagsfraktion:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,3214,00.html

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Bundestagsfraktion

Öffentlichkeitsarbeit

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon (0 30) 227-5 49 07

Telefax (0 30) 227-5 68 00

E-Mail: webteam@spdfraktion.de

Internet: <http://www.spdfraktion.de>

Die SPD-Bundestagsfraktion bei facebook:

<http://www.facebook.com/spdbundestagsfraktion>

Impressum

Herausgeber:

SPD Bodenseekreis, Kreisvorsitzender Adnan Sabah

E-Mail: ASabah1@web.de

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg

Tel.: 07532/313048

E-Mail: roterseehas@kabelbw.de

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07542/20349

E-Mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB:

hilde.mattheis.ma01@bundestag.de

Nils Schmid:

bawue@spd.de

SPD BaWü:

bawue@spd.de

Roland Frank:

frank-fn@t-online.de

Dietram Hoffmann:

dietram.hoffmann@googlemail.com

Gretel Schwaderer:

schwaderer@t-online.de

Bernd Caesar:

bernd.caesar@online.de

Claudia Friedl:

claudia.friedl@bluewin.ch

Ariana Krizko, Politische Sekretärin:

krizko@sp-sg.ch

Edith Graf-Litscher, Nationalrätin:

edith.graf-litscher@parl.ch

SPÖ-Express:

laendle@spoe.at

www.spoe.at

SPD Presseservice:

pressestelle@spd.de

Wolfgang Heinzl, Büroleiter

Bürgerbüro Biberach:

Wolf99maci@aol.com

Lisa Stahn:

lisastahn@aol.de

Stefan Gretzinger, Kreisvorsitzender

Kreis-Jusos Biberach:

stefan.gretzinger@web.de

Büro H.-P. Storz, MdL:

info@hans-peter-storz.de

Hans-Dieter Schäfer:

Hans-Dieter.Schaefer@Zfp-Zentrum.de

Wahlkreisbüro Hilde Mattheis:

hilde.mattheis@wk.bundestag.de

Leo Wiedemann:

Leo.Wiedemann@t-online.de

Maildienst SPD-Fraktion:

webteam@spdfraktion.de

M. Gerster, MdB:

martin.gerster.ma01@bundestag.de

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.
Die Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Redaktion überein.

E-Mail-Abonnement (ab)bestellen

(Karl-Heinz König)

roterseehas@kabelbw.de